

**Für ein
gerechtes internationales
Finanzsystem**

KURZ UND KNAPP

**Bausteine für einen
MUSTERVORTRAG
für Gemeinden und Basisgruppen**



Wer - Wo - Was

Dieses Heft ist als Teil einer bei Kairos Europa entstehenden Reihe zum Thema **Entwicklung braucht eine neue internationale Finanzordnung** konzipiert. In dieser Reihe sollen folgende Materialien erscheinen:

- ▲ Kurz und Knapp: Das Internationale Finanzsystem
- ▲ Kurz und Knapp: Wirtschaft und Finanzen als Glaubensfrage
- ▲ Kurz und Knapp: Devisenumsatzsteuer (Tobin Tax)
- ▲ Liturgisches Material
- ▲ Mustervortrag
- ▲ . . .

Impressum:

KURZ und KNAPP:

Bausteine für einen Mustervortrag für Gemeinden und Basisgruppen
erstellt von Kerstin Sommer M.A.

Heidelberg, 2002

Layout: Ellen Müller

Druck: Druckerei Maulbetsch GmbH · 74939 Zuzenhausen

Preis: 2,50 €

Bestelladresse:

Kairos Europa e.V.

Hegenichstraße 22

D-69124 Heidelberg

Tel.: 0 62 21 - 71 60 05

Fax: 0 62 21 - 78 11 83

Email: info@kairoseuropa.de

www.kairoseuropa.de

Gedruckt mit Unterstützung von ABP (Ausschuss für Entwicklungsbezogene Bildung und Publizistik) und der Europäischen Kommission.

Inhalt

I. Theologische Begründung	3
1.) Kommentierte Lesung aus dem alten Testament	
2.) Mechanismen ökonomischer Ungerechtigkeit und ökologischer Zerstörung heute	
II. Strukturelle Gewalt	6
1.) Was ist strukturelle Gewalt?	
2.) Strukturelle Gewalt durch Finanzspekulation	
III. Internationale Finanzarchitektur	7
IV. Die Gefahren des hochspekulativen internationalen Finanzsystems	9
a) Asienkrise	
b) Die argentinische Finanzkrise	
Resümee	
V Lösungsansätze	13
1.) Umsetzung des erweiterten Jubileekonzeptes	
2.) Einführung der Devisenumsatzsteuer	
3.) Schließung der Offshore-Finanzzentren	
VI. Was können wir tun?	17
VII. Fragebogen für die Gemeinde	18
VIII. Glossar	18
Adressen, Hinweise zu ausführlicher Literatur	20
Kopiervorlagen für Musterfolien	21
Dekade zur Überwindung von Gewalt	31



Einleitung

Dieser Mustervortrag ist als Hilfsmittel für Multiplikatoren in Gemeinden und Basisgruppen gedacht. Wir möchten Ihnen in komprimierter Form Grundinformationen zum Internationalen Finanzsystem und insbesondere zum Teilbereich der Spekulation vermitteln. Aus diesem Grund kann dieser Mustervortrag nur eine Ergänzung zu bereits veröffentlichten Materialien sein.

Hinweise zu weiterführender Literatur finden sie an den entsprechenden Stellen. Ein weiteres Anliegen dieses Mustervortrages ist es, die Sachinformationen aus dem „Fachchinesisch“ der Finanzexperten in eine Sprache zu übersetzen, die auch für Laien zugänglich ist. Der Mustervortrag ist also als eine Auswahl von Bausteinen zu verstehen, die Sie sich je nach Zielgruppe individuell zusammenstellen können.

In den gestrichelten Kästen sind für Sie immer noch Zusatzinformationen, in den fetten Kästen Hinweise, wie Sie pädagogisch vorgehen können.

Im Kapitel X finden Sie Kopiervorlagen für Folien. Wo Sie diese verwenden können, ist im jeweiligen Kapitel mit dem Hinweis zur Folie (**Folie**) angegeben.

Ich hoffe, Kairos Europa kann Ihnen mit diesen Bausteinen für einen Vortrag weiterhelfen. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg für Ihren ersten eigenen Vortrag.

P. S.: Aus Gründen der sprachlichen Vereinfachung haben wir auf weibliche „Formen“ (z. B. Teilnehmerinnen) bewusst verzichtet. Für Rückmeldungen und Verbesserungsvorschläge bin ich dankbar.

Viel Spaß und Erfolg
Kerstin Sommer, M.A.

Herzlichen Dank auch an Anne Heitmann, Pfarrerin in Mannheim, deren Idee (sowie auch eine Vorlage) die kommentierte Lesung war.

Diese kommentierte Lesung können Sie auch sehr gut in verteilten Rollen bei Vorträgen oder Gottesdiensten verwenden.

I. Theologische Begründung

Diese kommentierte Lesung können Sie auch sehr gut in verteilten Rollen bei Vorträgen oder Gottesdiensten verwenden.

Literatur: Crüsemann, Frank, Die Tora. Theologie und Sozialgeschichte des alttestamentlichen Gesetzes, München 1992,

Duchrow, Ulrich/ Hinkelammert, Franz. J., Leben ist mehr als Kapital. Alternativen zur globalen Diktatur des Eigentums, 2002, Kap. I

Theologische Begründung

1.) Kommentierte Lesung aus dem Alten Testament

Kommentar: Bevor wir auf die heutige wirtschaftliche Situation zu sprechen kommen ist es angebracht erst einmal mehr als 2500 Jahre in unserer Zeitrechnung zurückzugehen. Denn nicht nur heute ist das wirtschaftliche und soziale Ungleichgewicht ein Problem. Schon in der Antike, als sich seit dem 8. Jh. v. Chr. das Wirtschaften mit Eigentum und Geld durchsetzte, spielte die Frage nach Verschuldung und Überschuldung eine große Rolle. Die Überschuldung von Familien - vor allem von Bauern - führte zu großer sozialer Ungleichheit.

In der Bibel, hier vor allem im Ersten Testament, finden sich Texte, die deutlich machen, wie das Volk Israel im Hören auf Gottes Wort versuchte eine Lösung für diese Situation zu finden. Davon erzählen uns nun einige Menschen, die in alttestamentlicher Zeit gelebt haben könnten.

Da ist zunächst eine Bäuerin, die etwa im Jahr 700 v. Chr. in Juda lebt. In Jerusalem regiert der König Hiskia. Hören wir mal, was sie uns von sich berichtet.

Bäuerin: Ich bin völlig verzweifelt. Ich weiß nicht mehr, was ich noch machen soll! Wir haben vor zwei Jahren eine schlechte Ernte gehabt. Für das neue Saatgut haben wir uns Geld geliehen. Aber die Dürre hat alles zu Grunde gerichtet. Jetzt haben wir nichts mehr zu essen und die Schulden wachsen uns über den Kopf. Um die Zinsen zu zahlen, müssen wir wieder Geld leihen. Der Gläubiger, der uns Geld geliehen hat fordert nun alles was wir haben. Als Pfand hat er schon den Schmuck genommen. Dann

hat er unserer Land genommen, das sowieso schon so klein war, das wir kaum genug anbauen konnten. Und nun ist auch noch mein Mann gestorben. Ganz plötzlich. Der Schuldherr hat gesagt, wenn ich nicht die Schulden bald bezahle, dann nimmt er meine Kinder als Pfand. Sie werden dann seine Sklaven sein. Ich weiß nicht was ich machen soll. Ich bin völlig verzweifelt. (vgl. 2. Könige 4, 1 ff.)

Kommentar: So etwas kann nicht dem Willen Gottes entsprechen. Dies sagten auch die Propheten. Amos und Jesaja prangerten die Ungerechtigkeit mit harten Worten an:

Jesaja: Weh denen, die ein Haus nach dem anderen in ihren Besitz bringen und einen Acker nach dem anderen, bis kein Raum mehr übrig ist, und sie allein das Land besitzen. Ich habe das Wort des Herrn gehört, der spricht: „Fürwahr, die vielen Häuser sollen veröden und die großen und feinen leer stehen.“ (vgl. Jes. 5, 8-9)

Amos: Und dies ist, was ich, Amos, der Schafzüchter von Tekoa über die Zukunft Israels gesehen und vom Herrn gehört habe: So spricht der Herr: ich will die in Israel nicht schonen, die Unschuldigen für Geld und die Armen für ein paar Schuhe, die sie geliehen haben, in die Sklaverei verkaufen.

Kommentar: In Jerusalem, am Königshof, wird später an die Warnungen der Propheten gedacht. Die Gelehrten und Theologen erinnern an die alten Rechtssetzungen Gottes. Sie werden zusammengefasst, aufgeschrieben und neu zur Geltung gebracht. (vgl. das sogenannte „Bundesbuch“ 2. Mose/Exodus 21-23). Und so hat vielleicht ein Sprecher des Hofes eines Tages mitgeteilt:

Hofsprecher: Wir verkünden die Weisungen Gottes, wie sie niedergeschrieben sind im 2. Buch Mose, im 22. Kapitel: Leihst du einem aus meinem Volk, einem Armen, der neben dir wohnt, Geld, dann sollst du dich gegen ihn nicht wie ein Wucherer benehmen. Ihr sollt von ihm keinen Wucherzins fordern. Nimmst du von einem Mitbürger den Mantel zum Pfand, dann sollst du ihn bis Sonnenuntergang zurückgeben; denn es ist seine einzige Decke, der Mantel, mit dem er seinen bloßen Leib bedeckt. Worin soll er sonst schlafen? Wenn er zu mir schreit, höre ich es, denn ich habe Mitleid. (Ex. 22, 24-26)

Bäuerin: Ja, wenn die Leute sich doch an diese Gesetze halten würden, dann hätte ich wieder eine Hoffnung. Doch sie tun es nicht. Nicht nur ich und meine Familie, unser ganzes Land nähert sich dem Abgrund.

Kommentar: Nach der Zeit des Königs Hiskia fielen seine Nachfolger wieder in die alten ungerechten Praktiken zurück. Unter König Josia gelang aber im Jahr 622 v. Chr. eine zweite Rechtsreform. Sie ist zusammengefasst im sogenannten „Deuteronomium“, dem „Zweiten Gesetz“ (5. Buch Mose). Hören wir in ein Gespräch zwischen zwei Gelehrten hinein.

Erster Gelehrter: Wir haben zu wenig auf Gott vertraut. Die Macht war uns wichtiger. Und auch die Weisungen Mose, wie wir mit den Armen umgehen sollen, sind in Vergessenheit geraten. Wir haben vergessen, dass alles, was wir haben: das Land, der Besitz, dass das alles letztendlich nicht uns gehört, sondern Gott.

Zweiter Gelehrter: Du hast Recht. Und wenn jemand einem Armen was geliehen hat, dann wollte er ihm oft nicht helfen, sondern er wollte ihn in seine Hand bekommen – die Menschen, ihr Land und ihren Besitz!

Erster Gelehrter: Lasst uns neu auf die Weisungen Gottes hören: Alle sieben Jahre soll es einen Erlass von allen Darlehen geben.

Zweiter Gelehrter: Du hast Recht.

„Nach sieben Jahren sollst du einen Erlass veranstalten. Und folgende Bewandnis hat es mit dem Erlass: jeder Inhaber eines Darlehens soll erlassen, was er seinem Nächsten geliehen hat. Er soll seinen Nächsten und Bruder nicht bedrängen, denn man hat einen Erlass für den Herrn ausgerufen.“ (Dtn. 15, 1-2)

Du sollst sogar in jedem dritten Jahr den zehnten Deines Einkommens für die soziale Unterstützung der Armen geben (Dtn. 14, 28-29).

Erster Gelehrter: Oh ja, wenn das Sabbatjahr eingehalten wird, da muss man schon großzügig leihen. So großzügig, dass sich die Lage des Armen bis zum nächsten Sabbatjahr so verbessert hat, dass er das Geld zurückzahlen kann – denn sonst hat man ja keine Chance, das Geld überhaupt zurückzubekommen. Aber sag mal, glaubst du, dass dann noch jemand den anderen Geld leiht?

Zweiter Gelehrter: Das ist natürlich eine Frage der Einstellung – und auch des Glaubens. Wer nur an sich denkt, tut das sicher nicht. Aber wer auf Gott vertraut, der kann es tun, denn solchen Menschen, die uneigennützlich handeln verspricht Gott Segen. Deshalb heißt es in dem Gesetz, das jetzt unter unserem König Josia gelten soll: „Hüte dich, dass nicht in deinem Herzen ein arglistiger Gedanke aufsteige, und du sagst: Es naht das

7. Jahr, das Erlassjahr – und dass du deshalb deinem armen Bruder nichts gibst. Sonst wird er vor Gott über dich klagen und du hast unrecht und sündig gehandelt. Statt dessen sollst du ihm geben . . . Und du sollst deshalb nicht traurig sein, denn der Herr, dein Gott, wird dich segnen in allem, was du unternimmst.“ (Dtn. 15,9-10)

Kommentar: Aber nach dem Tode Josias (609 v. Chr.) fielen die Könige, ihre Beamten, Militärs und Großgrundbesitzer wieder in die alten Ungerechtigkeiten zurück. Tatsächlich werden nun aus der Sicht der Bibel die Drohungen der Propheten wahr. Jerusalem wird erobert und die Oberschicht nach Babylon deportiert. Dort fangen manche an, über die Ursachen des Untergangs nachzudenken. Die Rückbesinnung auf die Quellen ihres Glaubens, das immer wieder neue Lesen der Tora, der Weisungen Gottes, machte einen Neuanfang nach der Rückkehr aus dem Exil aus Babylon an manchen Punkten möglich. Man geht davon aus, dass in der Zeit als das zerstörte Jerusalem wieder aufgebaut wurde, das Erlassjahr neu eingeführt und auch praktiziert wurde.

Nehemia, der für den Wiederaufbau verantwortlich war berichtet

Nehemia: Das Volk, das nach Jerusalem zurückgekehrt war, feierte das Laubhüttenfest, versprach Umkehr und erinnerte sich daran, wie oft es mit der Begleitung Gottes schon aus aussichtslosen Situationen gerettet wurde. Und darum wollten wir eine feste Abmachung treffen, sie aufschreiben, und unseren Fürsten, Leviten und Priester sollten sie versiegeln und unterschreiben. Vieles ist in dieser Abmachung geregelt, auch die besondere Beachtung des 7. Tages, des Sabbats, und des 7. Jahres, dem Erlassjahr. In der Abmachung steht: „Wir wollen von den anderen im Land am Sabbat und an den Feiertagen keine Waren kaufen und auch kein Getreide. Wir wollen auf die Abgaben und auf alle Schuldforderungen in jedem 7. Jahr verzichten.“ (Neh. 10,32)

Kommentar: Es ist wichtig sich die theologische Begründung für diesen sozialen und ökologischen Ansatz klarzumachen. Nach dem sogenannten „Heiligkeitsgesetz“ in 3. Mose / Lev. 25, 23 sagt Gott: „Das Land darf nicht endgültig verkauft werden; denn das Land gehört mir“. Über die Menschen heißt es in Vers 42: „Denn sie sind meine Knechte; ich habe sie aus Ägypten herausgeführt; sie sollen nicht verkauft werden, wie ein Sklave verkauft wird.“

2.) Die Mechanismen der ökonomischen Ungerechtigkeit und ökologischen Zerstörung heute

Wie die Menschen von Gott in biblischen Zeiten brauchen auch wir eine Analyse der Ursachen der ökonomischen Ungerechtigkeit heute. In vielen Teilen der Welt, wo Landwirtschaft noch immer die Basis der wirtschaftlichen Form der Produktion ist, bedeutet die ungerechte Verteilung des Landes das Schlüsselproblem. Auf der globalen Ebene hat Kapital mehr und mehr eine unkontrollierte Führung übernommen. Überdies ist es den Kapital-eigentümern seit den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts gelungen, sich mehr und mehr von sozialen, ökologischen und demokratischen Regulierungen zu befreien. So spekulieren sie lieber mit ihrem Geld statt es zur Produktion nützlicher und notwendiger Güter und Dienstleistungen zu investieren. So treiben sie die Zinsen hoch und vermeiden so weit wie möglich, Steuern zu zahlen, Einkommen auszugleichen und Dienstleistungen für das Gemeinwohl zu finanzieren. Auf globaler Ebene gibt es keine Regierung, die in dieser gefährlichen Situation Maßnahmen gegen die strukturelle Gewalt durchsetzen könnte. Ja, noch schlimmer: die existierenden internationalen Institutionen wie Internationaler Währungsfond (IWF), Weltbank und Welthandelsorganisation (WTO) sind von den reichen Industrieländern unter Führung der USA beherrscht. Diese Deregulierung der Kapitalmacht im Interesse der Reichen hat zu nie da gewesenen Ausmaßen von Verschuldung und Armut sowie zu sozialer und ökologischer Zerstörung geführt.

Sind die Kirchen, vor allem die in jenen Ländern, die von diesen Mechanismen profitieren, bereit, ihr Gewicht an der Seite der leidenden Menschen und der beschädigten Erde in die Waagschale zu werfen und für Alternativen zu arbeiten?

- ▲ Sind die Kirchen bereit, die Konsequenzen aus ihrem Glauben daraus zu ziehen, dass Gott allein Eigentümer der Erde und seiner Menschen ist und dass darum kein Mensch absolutes Eigentum zur Reichtumsvermehrung auf Kosten von Gottes Schöpfung beanspruchen darf?
- ▲ Sind die Kirchen bereit, die ungerechten Einkommensstrukturen und die Kultur des Konsums, des Motors im Kapitalismus, kritisch herauszufordern?

- ▲ Sind die Kirchen bereit, den Konflikt mit den Mächten der gegenwärtigen Welt(un)ordnung zu wagen?
- ▲ Sind wir als Christen und Kirchen bereit, zuallererst uns selbst als wirtschaftliche Subjekte kritisch unter die Lupe zu nehmen? Wie gehen wir selbst mit unseren Gehaltsstrukturen und unserem Geld und Vermögen um?
- ▲ Welches sind die geistlichen und kulturellen Wurzeln der gegenwärtigen Weltwirtschaft und der sie leitenden neoliberalen Ideologie? Sind wir bereit, mit dem zu leben, was ein Autor den "Reichtum des Genug" genannt hat, statt nach immer mehr zu jagen?
- ▲ Sind wir bereit, uns als institutionelle Kirchen in den schmerzlichen Prozess der Restrukturierung unseres Finanzsystems zu begeben, statt unsere Erwartungen einfach an den gewohnten ökonomistischen Stil der großen Firmen anzupassen?

(Aus: Nächste Schritte zu einem umfassenden Erlassjahr, Kairos Europa 2001)

Die Geschichte Israels seit der Befreiung der Hebräer aus der Sklaverei Ägyptens und die Geschichte der Urchristenheit sind gekennzeichnet durch kritische Auseinandersetzung mit wirtschaftlicher, politischer und ideologisch-religiöser Macht und durch die Versuche, mit den Opfern dieser Macht Alternativen zu entwickeln. Wie können wir heute, in einer Situation, in der die Wirtschaft nicht mehr für die Menschen da ist, sondern die Menschen für die Wirtschaft da sein müssen, diesen kritischen und menschenfreundlichen Ansatz wiedergewinnen? Es gibt viele Wege, die die Bibel hier ermöglicht, einer davon ist den Weg entlang des Kirchenjahres zu beschreiten. Diese Möglichkeit finden Sie in:

Kurz und Knapp, Wirtschaft und Finanzen als Glaubensfrage, Kairos Europa 2001

II. Strukturelle Gewalt

Strukturelle Gewalt

1.) Was ist strukturelle Gewalt ?

Strukturelle Gewalt ist für viele Menschen ein sehr abstrakter Begriff. Fragt man danach, was Gewalt ist, so werden in erster Linie personale Gewalt, d.h. Gewalt die sich auf konkrete Akteure zurückführen lässt genannt. Gewalt gegen Frauen, Raubüberfälle, Kriege usw.. Weniger in den Blick fällt die sogenannte "strukturelle Gewalt", die definitionsgemäß allein aus der Art und Weise der Beschaffenheit der Strukturen des gesellschaftlichen Zusammenlebens resultiert und sich angesichts der Gesellschaftssystemen innewohnenden sozialen, wirtschaftlichen und politischen Ungerechtigkeit in Form von ungleichen Machtverhältnissen und dem zu Folge ungleichen Lebenschancen äußert.

„Eine Welt, in der den meisten Menschen vorenthalten wird, was ein menschenwürdiges Leben ausmacht ist nicht zukunftsfähig. Sie steckt auch dann voller Gewalt, wenn es keinen Krieg gibt.“

Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz:

Die deutschen Bischöfe. Gerechter Friede, Bonn 2000

Folie 1

Die deutschen Bischöfe unterstreichen hiermit, zum einen, dass Un-Friede auch Ausdruck und Folge sozialer Ungerechtigkeiten ist, zum anderen, dass die Beseitigung sozio-ökonomischer und machtpolitischer Ungerechtigkeiten im Interesse einer dauerhaften Krisenprävention unabdingbar ist.

In diesem Kontext fallen auch die Bedingungen der heutigen Weltwirtschaftsordnung unter den Begriff strukturelle Gewalt. Nach Angaben der Vereinten Nationen führt die „neoliberale Globalisierung“ zu einer teilweise dramatischen Vertiefung von sozialer Ungleichheit und Ausgrenzung. Die Armut nimmt unweigerlich zu – etwa die Hälfte der Menschheit muss heute mit weniger als 2 US-\$ am Tag überleben -, und das nicht nur in den Entwicklungsländern, sondern auch in den Industrieländern.

Wir wollen uns nun einmal am Beispiel einer Geschichte ansehen, wie „strukturelle Gewalt“ durch die Finanzmärkte ausgeübt werden kann.

2.) Strukturelle Gewalt durch Finanzspekulation

Vorschlag zur Umsetzung:

Sie können zuerst eine Runde machen und Begriffe sammeln, die den Teilnehmern zur strukturellen Gewalt einfallen.

Danach können Sie die Definition von struktureller Gewalt einführen.

Vielleicht hilft Ihnen hierbei auch die fiktive Geschichte über Mark, der mit seinen Spekulationsambitionen strukturelle Gewalt ausübte und dann selber Opfer der strukturellen Gewalt auf den Finanzmärkten wurde.

Mark ist 23 Jahre alt. Er wohnt in München und hat eine Ausbildung als Techniker hinter sich. Sein Arbeitsplatz bei einem mittelständischen Unternehmen schien gesichert zu sein. Doch Mark traf es in den letzten zwei Jahren hart. Wie jeder junge Mensch hatte er Träume, er wollte sich selbständig machen, doch das Geld dazu fehlte ihm. In dieser Zeit bekam er mit, wie Freunde an den Börsen spekulierten und offenbar riesige Gewinne damit machten. Da Mark davon ausging, dass sein Arbeitsplatz gesichert ist, läuft doch das Unternehmen sehr gut, nahm er einen Kredit auf, um auch an den Börsen zu spekulieren. Die Banken machten es ihm dabei sehr leicht. Vorsichtig wie er war spekulierte er erst mit wenig Geld, doch als es gut lief wurde er wagemutiger. Er verließ sich auf die guten Prognosen, die man der t-online Aktie zuschrieb, hatte der Neue Markt doch bis dahin immer nur Gewinne verheißen und schon die Telekom-Aktie alle Hoffnungen der Anleger erfüllt. So steckte er alles Geld was er hatte und noch einen zusätzlichen Kredit in die t-online Aktie. So wie er es schon bei den anderen Aktien gemacht hatte wollte er auch diese nicht lange halten. Nur solange, bis sie genügend gestiegen waren, damit er seine Kredite zurückzahlen konnte und dabei noch einen saftigen Gewinn einfahren würde. Danach wollte er sich die nächste Aktie aussuchen, auf die er spekulieren wollte. Von zu Hause aus mit dem online-broking für Jedermann, geht das ja auch ganz einfach. Und in der Schule hatte er es ja auch schon mit dem Börsenspiel gelernt.

Doch was so hoffnungsvoll begann, endete in einem Debakel. Die Aktien erlebten nach den anfänglichen Kurssteigerungen einen Einbruch und sackten in den

Internationale Finanzarchitektur

Keller ab. Nun hatte er die Wahl. Aktien verkaufen und versuchen die Kredite zurückzuzahlen, um die Verluste so gering wie möglich zu halten oder Aktien behalten, die Zinsen für den Kredit zahlen und hoffen, dass der Kurs bald wieder bergauf geht. Doch darauf wartet er noch immer. Und das Ergebnis ist das gleiche. Statt einen schnellen Gewinn einzufahren hat er nun Schulden. Doch das war noch nicht alles. Da er bei einem Zulieferbetrieb für ein Telekommunikationsunternehmen arbeitet und die Spekulationen und Aktienverkäufe die Kursverluste noch weiter angeheizt haben, muss sein Unternehmen aufgrund von rückgängigen Bestellungen der Telekommunikationsbranche, Leute entlassen. Und Mark ist unter Ihnen. Er ist halt einer der Jüngsten im Unternehmen.

Das schlimmste für ihn ist das Wissen, dass er mit seinem spekulativen Vorgehen, auch wenn er zu den Verlierern zählt, seinen Arbeitsplatz mit in Gefahr gebracht hat.

III. Internationale Finanzarchitektur

Dieses Kapitel soll Ihnen den geschichtlichen Hintergrund sowie Grundinformationen zu den Finanzmärkten liefern. Es ist eine stark verkürzte Darstellung, die nur die wichtigsten Aspekte vermitteln soll.

*Einen tieferen Einblick bekommen Sie mit dem Heft **Kurz und Knapp: Das internationale Finanzsystem**, Kairos Europa 2001*

Um die geradezu revolutionären Umwälzungen des Weltfinanzsystems verstehen zu können, ist es notwendig, den historischen Hintergrund der gegenwärtigen Finanzordnung zu beleuchten. Von besonderem Interesse sind in diesem Zusammenhang die sogenannten Devisenmärkte, auf denen Geschäfte mit (Fremd-) Währungen abgewickelt werden.

Das Bretton Woods-System

Nach dem zweiten Weltkrieg war alles auf eine währungspolitische Stabilität ausgerichtet. Noch im Jahr 1944 fand in Bretton Woods eine Weltwährungskonferenz statt. Das Ergebnis dieser Konferenz prägte das Währungssystem über mehrere Jahrzehnte.

Die wichtigsten Vereinbarungen waren folgende:

- ▲ Alle Wechselkurse wurden gegeneinander fixiert und an den US-Dollar gebunden. Damit war der US-Dollar die Leitwährung, die aufgrund einer Garantie-Erklärung der US-Regierung in Gold eintauschbar war. Dies nannte man auch den Goldstandard.
- ▲ Jedes Mitglied in diesem Währungssystem konnte nur nach vorheriger Genehmigung die eigene Währung auf- und abwerten.
- ▲ Der Internationale Währungsfond (IWF) überwachte das System von Bretton Woods. Geriet ein Land in eine Krise, so konnte der IWF auch Kredite gewähren, dies tat er aber nur unter bestimmten wirtschaftspolitisch oft harten Bedingungen.

Das Ziel, das hinter den Vereinbarungen von Bretton Woods stand war, der Weltwirtschaft eine kalkulierbare und vor allem stabile Grundlage zu verschaffen. Vor allem ohne die ständigen Risiken von Währungsschwankungen. So trug dieses System in den folgenden Jahren auch dazu bei, dass der Welthandel und die Weltproduktion überdurchschnittlich wuchsen.¹

Die Einführung flexibler Wechselkurse

Ende der 60er Jahre begann dann das Vertrauen in das System von Bretton Woods zu schwinden. Ausschlaggebend hierfür waren folgende Ereignisse:

- ▲ Um Programme zur Bekämpfung der Armut zu Hause und den Vietnamkrieg finanzieren zu können, kurbelten die USA die Notenpresse an. Dies überschwemmte die Welt mit US-Dollar, die wiederum in großen Mengen als Anlagen auf internationalen Banken landeten. 1971 mussten die USA auf Grund der Dollar-Inflationierung die Einlösbarkeit des US-Dollars in Gold aufkündigen.
- ▲ Die sogenannte Ölkrise im Jahr 1973 und noch einmal 1979 tat das ihrige dazu. In diesem kurzen Zeitraum von sieben Jahren wurden die Erdölpreise erst vervierfacht, dann versechsfacht, also insgesamt vierundzwanzigfach. Die riesigen sogenannten „Petrodollar-Beträge“ flossen in oft einwohnerarme Länder, da das Erdöl überwiegend aus arabischen Ländern kam. Dort wurde das Geld nicht investiert, sondern zu günstigen Zinsen am internationalen Dollar-Markt angelegt.

¹ Vgl. Wolfgang Kessler, Vortrag: Finanzmärkte außer Kontrolle - Kontrolle der Finanzmärkte, Redaktion@publik-forum.de



Von der Konvertibilität zur Flexibilität

- ▲ Im Jahr 1973 brach das Fixkurssystem endgültig zusammen. Die Wechselkurse wurden flexibel. Sie wurden fortan durch Angebot und Nachfrage auf den Devisenmärkten bestimmt, ohne dass die nationalen Währungsbehörden zu Eingriffen verpflichtet waren. Von diesem fundamentalen Systemwechsel versprach man sich die Herausbildung marktgerechter Umtauschverhältnisse, welche die tatsächlichen Wettbewerbsbedingungen der nationalen Volkswirtschaften widerspiegeln sollten.
- ▲ Es stellten sich jedoch recht bald Währungsturbulenzen ein. Diese waren insbesondere darauf zurückzuführen, dass zahlreiche Länder aufgrund nationaler Interessen (etwa Beschäftigungsförderung, Inflationsbekämpfung, Schuldenfinanzierung) ihre Währungen je nach Bedarf eigenmächtig auf- bzw. abwerteten.
- ▲ Seitdem kennzeichnen immer neue, heftige Wechselkursschwankungen zwischen den wichtigsten Zahlungsmitteln der Welt die internationale Währungs- und Finanzentwicklung – mit der Konsequenz, dass mitunter gravierende Preisschwankungen und -verzerrungen die Verlässlichkeit ökonomischer Entscheidungen für die Akteure an den Weltmärkten beträchtlich mindern.²

Nichtsdestoweniger wurde von der Politik das neoliberale Programm durchgesetzt. Der Staat hat sich immer weiter aus jeglicher Wirtschaftslenkung und Regulierung zurückgezogen.

Zu den allgemeinen Prinzipien des neoliberalen Programms gehören:

- ▲ Dass der freie Markt die Wirtschaft reguliert, vor allem durch den Wettbewerb, der marktkonformes Verhalten „belohnt“ bzw. im gegenteiligen Fall „bestraft“.
- ▲ Dass sich der Staat aus jeglicher Wirtschaftslenkung so weit wie möglich zurückzieht und sich nur noch auf die Aufrechterhaltung der inneren und äußeren Sicherheit beschränkt.
- ▲ Rückbau des Sozialstaates auf der Grundlage eines antiegalitären Fundamentalismus
- ▲ Dass Privatunternehmen als prinzipiell überlegene Organisationsform in allen gesellschaftlichen Bereichen gelten. (vgl. *Kapital braucht Kontrolle, Kairos Europa/ WEED, Bonn 2001, S. 13*)

Folie 1

Die Entwicklung derivater Finanzinstrumente

Derivate sind Finanzinstrumente, die von anderen Geldgeschäften abgeleitet sind. Der Grund für die Entwicklung dieser Finanzinstrumente ist, dass die Anlage riesiger Geldbeträge auf dem Weltfinanzmarkt zu immer größeren Schwankungen sowohl von Wertpapieren als auch Wechselkursen führte. Da aber Käufer und Verkäufer von Waren und Dienstleistungen ohne ein hinreichendes Maß an Geldwertstabilität nicht dauerhaft disponieren können, entstand ein immer größerer Bedarf nach Absicherung gegen die Preisänderungsrisiken an den internationalen Märkten. Diesem Zweck dienen die derivativen (d.h. abgeleiteten) Finanzinstrumente.

Angesichts der zahlreichen Risiken, die mit dem heutigen Geschäftsgebaren auf den (Welt-) Märkten einhergehen, finden Derivate inzwischen in nahezu allen Bereichen Anwendung. So können Derivaten neben Devisen- auch Aktien-, Kredit- und Zinsgeschäfte (allesamt sogenannte Finanzderivate) zugrunde liegen; des Weiteren existieren Rohstoffderivate beispielsweise für den Kaffee- oder Erdölhandel.

Die HypoVereinsbank hat jetzt z.B. mit der Dessauer Versorgungs- und Verkehrs GmbH (DVV) ein Wetter-Derivat abgeschlossen. Mit dem im Monat Februar des Jahres 2002 auslaufenden Put (Verkaufsoption) sichert sich der Versorger gegen zu warme Wintermonate und demgemäß gegen Umsatz- und Gewinnrückgänge ab. Wenn der Februar 2002 besonders warm ausfällt und ein bestimmter Temperaturwert unterschritten wird, erhält die DVV eine Ausgleichszahlung von der HypoVereinsbank. Sind die Temperaturen im Februar sehr kalt, so verfällt diese Option. In diesem Fall hat die DVV zwar die Optionsprämie an die Bank gezahlt, doch wird sie durch höhere Umsätze beim Wärmeverkauf entschädigt.

Konkret sieht das etwa so aus: Ein deutscher Fabrikant vereinbart mit einem US-amerikanischen Kunden die Lieferung einer Werkzeugmaschine in sechs Monaten zu einem Preis von 10.000 US-Dollar. Die Kalkulationsbasis für den in Dollar festgelegten Betrag bildet der Wechselkurs zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses. Da der Exporteur nicht weiß, wie viel der Dollar zum Zahlungszeitpunkt in einem halben Jahr wert sein wird und somit einen Verfall des Dollarkurses nicht ausschließen kann, schließt er mit einer Bank ein sogenanntes „Future“-Geschäft ab. Dieses berechtigt ihn, die 10.000 US-Dollar am Zahltag zum Kurs des Vertragsabschlusstages

²⁺³ Vgl. *Epd Dritte Welt, Geld regiert die Welt - wer regiert das Geld? 10/11/96, S. 3*

IV. Die Gefahren des hochspekulativen internationalen Finanzsystems

einzutauschen, so dass er sich trotz einer eventuellen Abwertung des Dollars auf die kalkulierte Einnahme in Euro verlassen kann. Wäre der Preis dieses Geschäfts in Euro vereinbart worden, so hätte sich der Kunde aus den USA durch ein ebensolches Geschäft gleichermaßen gegen eine mögliche Aufwertung des Euro „versichert“.³

Folie 2

Die Folge: Spekulation!

Gerade die derivativen Instrumente haben seit Ende der 80er Jahre ein explosionsartiges Wachstum verzeichnet. Der Umsatz börsengehandelter Derivate stieg seit 1990 um etwa 2.000%. Es wird geschätzt, dass die außerbörslich gehandelten Derivate sogar um etwa 5.500% zunehmen. Nicht zuletzt hierdurch haben die internationalen Finanzmärkte inzwischen einen Umfang erreicht, der größer ist und schneller wächst als der des internationalen Handels und der gesamten Weltproduktion.

Da lacht der Devisenspekulant!

Der Abschied von ihrer D-Mark eröffnet den Deutschen ungeahnte Möglichkeiten. Wer sich am 17. 12. 01 für 20 Mark das Starter-Kit für angehende Europäer holte, bekam umgerechnet 20,008 Mark in glänzender Einheitswährung (Euro). Da lacht der Devisenspekulant! Im Gegensatz zu den meisten Anlageformen, die der deutsche Kleinanleger in den vergangenen Jahren jenseits von Sparbuch und Pfandbrief ausprobiert hat, handelt es sich bei der Investition in Starter-Kits zu dem um eine todsichere Anlageform.

Wer würde schon die erstklassige Bonität der Europäischen Zentralbank anzweifeln? Das nötige Kleingeld sollte der Investor jedoch unbedingt mitbringen: Um einen Gewinn von 8 000 Mark einzustreichen, muss er satte 20 Millionen Mark einsetzen. Es ergibt sich dadurch eine Tagesrendite von 0,04%. Wem das zu wenig ist, dem sei ein Blick auf die Aktienrenditen etwa am Neuen Markt empfohlen.

(Aus: Handelsblatt, 17.12.02)

Dies war technisch allerdings nicht möglich, da die Ausgabe der Starter-Kits limitiert war.

IV. Die Gefahren des hochspekulativen internationalen Finanzsystems

Der Boom im internationalen Finanzgeschäft mit Derivaten erklärt sich jedoch nicht etwa – wie man von ihrer eigentlichen Funktion her annehmen sollte – als eine Reaktion auf die zunehmenden Marktrisiken. Vielmehr werden die derivativen Instrumente inzwischen zum weit überwiegenden Teil zu rein spekulativen Zwecken missbraucht. Risiken werden ganz bewusst in Kauf genommen, um möglichst hohe Gewinne zu erzielen. Es werden nämlich täglich an den Börsen der Welt ca. 1500 Milliarden US-Dollar umgesetzt. Die Deutsche Bundesbank hat errechnet, dass pro Tag nur etwa 30 Milliarden US-Dollar notwendig sind, um alle Waren und Dienstleistungen zu bezahlen, die bezahlt werden müssen. Das heißt, dass täglich rund 1470 Milliarden US-Dollar umgesetzt werden, nur um Geld von einer Anlage in eine andere zu verwandeln.

Nur allzu oft geht dies auch auf Kosten von vor allem Entwicklungsländern. Dies beweisen die zahlreichen Finanz- und Währungskrisen der letzten Jahre, z.B. Mexiko 1994, Süd-Ostasien 1997, Russland 1998 und Brasilien 1999, Türkei 2001, Argentinien 2002.

Die herkömmliche Analyse macht für den Krisenausbruch vor allem schlechte ökonomische Fundamentaldaten in den betroffenen Ländern, unzureichende Überwachung des Bankensektors, Korruption und Vetternwirtschaft verantwortlich. Diese Faktoren können aber nicht erklären, warum ganze Regionen von Finanzkrisen und auch Banken in Industrieländern heimgesucht werden, wenn in den betroffenen Ländern doch unterschiedliche Bedingungen herrschen.⁴ Dies wird besonders deutlich, wenn wir uns die Asienkrise betrachten.

Folie 3

a) Asienkrise

Die Asienkrise hatte ihren Ausgangspunkt im „Tigerstaat“ Thailand. Doch was führte dazu, dass dieser Staat nach 10 Jahren erfolgreichen Wachstums in eine Wirtschafts- und Finanzkrise schlitterte.

- ▲ Durch die Koppelung der einheimischen Währung Baht an den immer stärker werdenden US-Dollar erfuhr der Baht eine fortwährende Aufwertung.
- ▲ In Thailand machte sich die Wachstumsschwäche des

⁴ Vgl. Kapital braucht Kontrolle, Kairos Europa / WEED, Bonn 2001, S. 31

wichtigsten Handelspartners Japan negativ bemerkbar. Vor allem, da Thailand hauptsächlich auf den Export ausgerichtet war.

- ▲ Die verteuerten Ausfuhren brachen dramatisch ein und gleichzeitig floss immer mehr Geld für billiger gewordene Importe ins Ausland ab.
- ▲ Die Folge war ein rapide zunehmendes Zahlungsbilanzdefizit, das den Baht unter einen immensen Abwertungsdruck geraten ließ.
- ▲ Akteure auf den internationalen Devisenmärkten begannen unter Einsatz hoher Mittel gegen den überbewerteten Baht zu spekulieren. Am 2. Juli 1997 ging die Rechnung der (ausländischen) Spekulanten auf: Nachdem sie sich über Wochen wachsende Summen in Baht ausgeliehen und diese bei thailändischen Geschäftsbanken gegen US-Dollar umgetauscht hatten, erschöpften sich in zunehmendem Maße die Devisenreserven (40 Mrd. US-Dollar) der Notenbank in Bangkok. (Zum Vergleich: der Spekulationsfonds von George Soros hat ein Volumen von 125 Mrd. US-Dollar).
- ▲ Schließlich musste den Angriffen der Devisenhändler nachgegeben werden und der Wechselkurs wurde freigegeben.
- ▲ Der Baht verlor daraufhin gegenüber dem US-Dollar in kürzester Zeit nahezu 30% seines Wertes, und die Spekulanten konnten – ihrem Kalkül entsprechend – zum weit niedrigeren Kurs Baht kaufen, ihre aufgenommenen Kredite begleichen und einen großen Gewinn einstreichen.
- ▲ Thailand hingegen fand sich binnen kürzester Zeit inmitten einer schweren wirtschaftlichen wie politischen Krise wieder. Der Verfall des Außenwerts des Baht riss auch die Börse in Bangkok mit sich zu Boden.
- ▲ Wie Dominosteine kippten nun auch die Währungen und Aktiennotierungen Malaysias, Indonesiens und der Philippinen um – mit der Folge, dass sich auch diese Länder plötzlich gravierenden „realwirtschaftlichen“ Rezessionserscheinungen ausgesetzt sahen. Selbst an den renommierten Finanzplätzen Hongkong und Singapur hinterließ der südostasiatische „Taifun“ noch deutliche Spuren.

Die Auswirkungen dieser Wirtschaftskrise in Asien waren verheerend, die Arbeitslosigkeit in den betroffenen Ländern stieg an und damit auch der Anteil der Armen.

Folie 4

Auswirkungen der Spekulationen auf die Menschen in Indonesien.

Diese Geschichte können Sie erzählen:

Dominus und April Haninuna leben mit ihren drei Kindern Sam, Yani und Aap in einer kleinen Lehmhütte in dem Fischerdorf Ingumurik auf der indonesischen Insel Rote. Das südöstlich von Bali gelegene Eiland zählt rund 100 000 Einwohner. Normalerweise lebt die Familie von Mais, Bohnen und Reis. Ab und zu gibt es etwas Fisch. Zwischendurch trinkt man Tua, einen von Palmen gewonnenen Zuckerextrakt.

Seit Ausbruch der Asienkrise lebt die Familie nicht mehr so wie früher. Sam, Yani, Aap und ihre Eltern haben monatelang keine feste Nahrung mehr bekommen. Gab es vor der Krise sechsmal im Monat Reis, müssen sie danach ganz darauf verzichten. Die Lebensmittelpreise sind durch den Währungsverfall in unvorstellbare Höhen gestiegen. Die Firma, in der Herr Haninuna beschäftigt war, musste Konkurs anmelden – er wurde entlassen. Dadurch verschlimmerte sich die Lage der Familie noch. Sie lebt nunmehr ausschließlich von Tua. Jeden Morgen ein Glas für den ganzen Tag. "Tua füllt wenigsten den Magen", sagt die Mutter, "anders als die winzigen Fische." Alle drei Kinder sind häufig krank, den Tua enthält kaum Eiweiß und Vitamine.

Den wenigen Touristen, die sich auf die Insel verirren, begegnet die Familie mit unveränderter Freundlichkeit. Die Besucher sind bestürzt über die Armut, denken aber nicht daran, dass sie ihr Geld zu Hause Anlageberatern anvertraut haben, die damit im Ausland spekulieren und die Krise mit ausgelöst haben.

Sie wissen nicht, dass Finanzkonzerne in Nordamerika und Europa im Sommer 1997 beschlossen hatten, wirtschaftliche Fehlentwicklungen einiger Länder Asiens auszunutzen und auf eine Abwertung ihrer Währungen zu spekulieren. Thailand, Indonesien und andere Tigerstaaten geraten daraufhin in finanzielle Turbulenzen. Ihre Währungen werden stark abgewertet, die Importe verteuern sich und die Nahrungsmittelpreise steigen z. T. um 300 Prozent. Durch die Finanzkrise werden aus den einstmals hochgelobten Tigerstaaten Krisenländer.

(Nach Sanjay Sojwal, World Vision Indonesien, attac-Leporello, Devisenumsatzsteuer)

Anstieg der Arbeitslosenquote von 1996 bis 1998 in Prozent:

Hongkong	2,8 % - 4,8 %
Malaysia	2,5 % - 6,7 %
Südkorea	2,6 % - 7,6 %
Philippinen	7,4 % - 13,0 %
Thailand	1,1 % - 8,0 %
Indonesien	4,1 % - 20,0 %

b) Die argentinische Finanzkrise

Argentinien, die ehemalige „Kornkammer der Welt“ und immer noch einer der wichtigsten Exporteure von Agrarprodukten und Rindfleisch sah sich im vergangenen Jahr dazu gezwungen den Notstand für Nahrungsmittel auszurufen. Das Land ist Bankrott und hat inzwischen das größte Schuldenmoratorium in der Geschichte der Weltwirtschaft erklärt. Argentinien hat mehr als 132 Mrd. US-Dollar Auslandsschulden, die das Land an internationale private und öffentliche Gläubiger zurückzahlen versucht. Aber wie konnte es dazu überhaupt kommen? Argentinien ist ja bekanntlich ein bevorzugter Schüler des Internationalen Währungsfonds (IWF) und hat sich seit den 80er Jahren streng an die ihm gemachten Auflagen gehalten.

Sehen wir uns einmal die Fakten an:

- ▲ 1976 hat in Argentinien Viledas Militärjunta die Macht übernommen und eine Diktatur etabliert, die bis 1983 regierte. In dieser Zeit hat sich die Auslandsverschuldung verfünffacht (von 8 auf 43 Milliarden Dollar), während der Anteil der Löhne am Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 43% auf 22% sank. Die Diktatur verursachte eine Verschuldungskrise und die offizielle Übernahme der Führung der argentinischen Finanzen durch den IWF.⁵
- ▲ Zusammen mit dem IWF wurde um der Verschuldung zu begegnen die erste Liberalisierung des Finanzsystems durchgeführt. Die Einheimische Zinsrate wurde höher als die auf den internationalen Finanzmärkten, was zur Folge hatte, das argentinische und in Argentinien ansässige internationale Großfirmen und Banken sich im Ausland billig verschuldet haben und mit diesem billigen Geld durch Kapitalanlagen im Inland größere Renditen erzielt, die sie wiederum auf ausländischen Konten angelegt haben.

- ▲ 1982 war dann das Land zum ersten Mal zahlungsunfähig. Als die Schuldenkrise offen ausbrach, wurde auch auf Empfehlung des IWF und des US- Finanzministeriums diese „private“ Verschuldung mit Hilfe von Wechselkursgarantien verstaatlicht. Damalige Versuche die Krise dauerhaft zu beheben schlugen fehl. Allein zwischen 1981 und 1990 musste der argentinische Staat für die Zinszahlungen an das Ausland 33,2 Mrd. US-Dollar aufbringen.⁶
- ▲ 1993 kam es zur Unterzeichnung des „Brady-Plan“. Die Reformen die daraufhin folgten gehörten zu den radikalsten die Südamerika jemals gesehen hatte. Es kam zur Privatisierung öffentlicher Unternehmen, einschließlich des Ölsektors, Erhöhung der Zinssätze. Liberalisierung der Wirtschaft auch im Agrarbereich. Außerdem kam es zur Schaffung einer neuen Währung, die an den US- Dollar gekoppelt wurde (1 Peso = 1 US-Dollar).⁷
- ▲ Die Einnahmen aus der Privatisierung haben jedoch weder die Auslandsverschuldung nachträglich reduziert noch die Staatseinnahmen erhöht. Der Schuldenberg stieg weiter an und die Sparmaßnahmen im öffentlichen Sektor führten zu einer Senkung der Reallöhne der Beschäftigten, zu einer Verschlechterung der Renten und der sozialen Dienstleistungen, besonders im Gesundheits- und Bildungsbereich.
- ▲ Haben die Reformen anfänglich die Inflation gestoppt und zu neuen ausländischen Investitionen geführt (Das Bruttoinlandsprodukt wuchs um 25% innerhalb von 3 Jahren), so verschlechterte sich in der zweiten Hälfte der 90er Jahre für Argentinien die Lage wieder drastisch. Denn die mexikanische „Tequila“-Krise führte auch in Argentinien zu einer Finanzkrise, da sich die internationalen Kapitalquellen ab 1995 massiv zurückzogen.
- ▲ Das laufende Defizit wurde immer tiefer ebenso die Auslandsschulden. Das Land musste immer höhere Summen aufbringen um seine Schulden zu begleichen (der jährliche Schuldendienst stieg von 6 auf 21 Milliarden), während gleichzeitig die Regierungseinnahmen dramatisch sanken und der Peso überbewertet war.⁸
- ▲ Schuld war unter anderem die Steuerflucht. Denn in Folge der totalen Liberalisierung der Wirtschaft konnten ausländische Konzerne ihre Gewinne leichter ins eigene Land transferieren und somit nahm die

⁵⁺⁷⁺⁸ Die Ursachen der argentinischen Krise, von Arnoud Zacharie, Forscher am CADTM, aus: Grain de sable nr. 294, attac-France, 22. 12. 2001

⁶ Argentinien: Krise ohne Ende? Pedro Morazán, Institut SÜDWIND

ungesetzliche Steuerflucht zu. Allein 1998 betrug die Steuerflucht ca. 40 Milliarden DS-Dollar und entzog damit dem Staat die Hälfte der Steuereinnahmen.

- ▲ 1999 als Brasilien in eine Finanzkrise versank hatte dies wiederum dramatische Auswirkungen auf Argentinien. 30% der argentinischen Ausfuhren gingen nach Brasilien was nun während der brasilianischen Finanzkrise zu Einnahmeausfällen in Argentinien führte.
- ▲ Allein während des Jahres 1999 nahmen die argentinischen Schulden um 12 Milliarden US-Dollar zu, was dazu führte, dass Argentinien das Land war, das seine Schulden gegenüber den Finanzmärkten am meisten erhöhte: Gläubiger von _ seiner Schulden sind die Finanzmärkte. Und dies obwohl Argentinien die Anpassungsprogramme des IWF und der Weltbank sorgfältig befolgte.
- ▲ Trotz der massiven Kreditaufnahmen gegenüber den Finanzmärkten reichte es nicht aus die Schulden zurückzuzahlen. In der Folge unterschrieb Argentinien wieder einen Vertrag mit dem IWF über eine Summe von 7,2 Milliarden US-Dollar, das ihm auferlegte, sein Haushaltsdefizit von 7,1 Milliarden US-Dollar auf 4,7 Milliarden innerhalb eines Jahres herabzusetzen. Auch die Weltbank wurde wieder um Anleihen ersucht.⁹
- ▲ Im Dezember 2000 war der Druck trotz IWF- und Weltbank- Hilfe noch stärker und die Regierung schöpfte ihre Geldreserven aus, wobei sie versuchte die feste Bindung Peso-US-Dollar aufrechtzuerhalten.
- ▲ Aber als mehrere wichtige Nachbarländer ihre Währungen abwerteten, stand Argentinien mit einer für diese Wirtschaftregion überbewerteten Währung da. In der Folge führte dies dazu, dass sich die argentinischen Ausfuhren gegenüber mehreren lateinamerikanischen Ländern verteuerte und das Handelsdefizit verschlimmerte.
- ▲ Doch noch im Dezember 2000 hielt man an der Kopplung Peso- Dollar fest und der IWF schnürte erneut ein Hilfspaket. Aber auch dieses war wieder an Bedingungen wie Liberalisierung des Gesundheitswesens, Deregulierung der Schlüsselbereiche wie Energie und Telekommunikation, Verringerung der Einfuhren, Verstärkung der Privatisierung,... geknüpft.
- ▲ Die Spirale war jedoch unerbittlich: Die weitere Liberalisierung der Geldtransaktionen und die ungerechte Besteuerung, die vom IWF auferlegt wurde,

ermöglichten eine Steuerflucht von –zig Milliarden Dollar pro Jahr. Gleichzeitig war der Staat gezwungen neue Kredite zu unerträglichen Zinsen (Risikoprämie erreichte 2001 40%) aufzunehmen um seine laufenden Zahlungen nachzukommen.¹⁰

- ▲ All dies konnte jedoch den endgültigen Zusammenbruch des argentinischen Wirtschaftssystems nicht aufhalten. Die argentinischen Banken hatten zwischenzeitlich geschlossen und es kam zu einer Begrenzung der Barabhebungen. Als Antwort auf den Zusammenbruch eines vom IWF abgesegneten Wirtschaftssystems stützten innerhalb von 10 Tagen zwei Regierungen.¹¹
- ▲ Inzwischen wurde die Peso-Dollar-Bindung aufgehoben. Am ersten Tag des frei floatenden Peso in Argentinien nach über zehn Jahren der Peso-Dollar-Parität, schwankte der Peso zwei Stunden nach Öffnung der Wechselstuben zwischen 2 bis 2,40 Peso je Dollar.¹²
- ▲ Argentinien kann gegenwärtig nirgendwo mehr Geld aufnehmen, da das Land zahlungsunfähig ist. Auch weitere Hilfe des IWF lässt auf sich warten. Die argentinische Regierung spricht von einem neuen Wirtschaftsmodell, von mehr sozialer Gerechtigkeit und dem Ende der neoliberalen Ära in Argentinien.
- ▲ Der IWF hat erstmals seine Verantwortung für die Wirtschaftskrise Argentiniens eingestanden – um gleich darauf die Regierung wieder an seine Pflichten zu erinnern: Es gebe keinen Ausweg aus der Krise, der nicht schmerzen würde. Doch diese Schmerzen hat in lateinamerika noch immer die breite Bevölkerung zu spüren bekommen, während die privaten ausländischen Gläubiger auf ihre Kosten kommen und auch der IWF seine Bilanz immer wieder ausgleichen kann.¹³

^{9 + 10} Die Ursachen der argentinischen Krise, von Arnaud Zacharie, Forscher am CADTM, aus: Grain de sable nr. 294, attac-France, 22. 12. 2001

¹¹ Le Monde diplomatique Nr. 6677 vom 15. 2. 2002, Seite 14-15, 290
Dokumentation Diana Quattrocchi-Woison

¹² taz Nr. 6674 vom 12.2.2002, Seite 9, 123 TAZ-Bericht Ingo Malcher

¹³ Le Monde diplomatique Nr. 6677 vom 15. 2. 2002, Seite 16-17, 346
Dokumentation Michael Husson



V. Lösungsansätze

Resümee

Die Kapitalflüsse sind heute praktisch unkontrollierbar. Die Ursache hierfür sind der Abbau von Devisenkontrollen und freie Wechselkurse. Dahinter steckt die Idee, dass das ungehemmte Kapital automatisch da hintransferiert wird, wo es am effizientesten eingesetzt werden kann. Dies soll wiederum den Welthandel steigern und damit den weltweiten Wohlstand. Die Annahme die dahinter steht ist, dass die Anleger rational entscheiden. Aber:

1. es kommen soziale, ökologische Aspekte zu kurz
2. Anlageentscheidungen sind nicht immer so rational wie im Modell angenommen (Bsp. Krisen oder Überbewertung des US- Dollar und Unterbewertung des Euro)
3. Die weltweite Ungleichverteilung wächst weiter. Das Vermögen der 447 Dollarmilliardäre kommt dem Jahreseinkommen von 2,7 Milliarden Menschen gleich (UNDP-Jahresbericht 1997) Einkommensschere ärmstes Fünftel und reichstes Fünftel: 1960 30:1, 1990 60:1, 1979 74:1 (UNDP 1999)

Folie 6

Es sieht so aus, als hätte sich das Geschehen auf den Finanzmärkten losgelöst vom wirklichen Leben. Und dieser Eindruck ist keineswegs falsch. Im Zuge einer zunächst stillen, aber folgenreichen Revolution haben die Finanzmärkte – wirtschaftlich wie politisch – ungeahnte Dimensionen erreicht. Die inzwischen nahezu uneingeschränkte Bewegungsfreiheit des Kapitals hat eine weltweite Geldmaschinerie entstehen lassen, die ihre eigene Logik jenseits der „realen“ Ökonomie besitzt. Spekulative Finanzgeschäfte in astronomischen Größenordnungen hebeln nationale Geld-, Währungs- und Finanzpolitiken immer stärker aus und verursachen zum Teil schwerwiegende volks- wie weltwirtschaftliche Instabilitäten. Auf diesem Hintergrund sehen wir uns heute mit einer nahezu unregierbaren internationalen Finanzordnung konfrontiert. Deren Vorteile für eine relativ kleine Gruppe von Vermögenden und Privatunternehmen werden zum Preis einer enormen Zunahme der globalen Risiken erkauft. Nicht umsonst kann der Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Rolf E. Breuer sagen, dass "die Finanzmärkte die „Fünfte Gewalt" der Demokratie" sind.

Folie 7

¹⁴ Vgl. Wolfgang Kessler, *Finanzmärkte außer Kontrolle- Kontrolle der Finanzmärkte*, Redaktion@publik-forum.de

„die Finanzmärkte haben quasi als „fünfte Gewalt“ neben den Medien eine wichtige Wächterrolle übernommen“

Rolf -E. Breuer, 27.4.2000

Diese Aussage lässt sich nur vor dem Hintergrund verstehen, dass der unkontrollierte Weltfinanzmarkt, den internationalen Banken, die einen großen Teil der Gelder verwalten eine ungeheure Macht zukommen lässt. Diese Macht wird zum Beispiel in einer politischen Analyse der Chase Manhattan Bank deutlich. Diese untersuchte die Konfliktlage in Mexiko, einem Land dem sie hohe Kreditsummen zur Verfügung gestellt hatte, und kam zu der Schlussfolgerung: "Die Regierung von Mexiko wird die Zapatisten eliminieren müssen, um effektive Kontrolle über das Staatsgebiet und die Sicherheitslage zu demonstrieren". Dies bedeutet, dass die Forschungsabteilung einer Bank die militärische Gewalt eines Staates einfordert.¹⁴

V. Lösungsansätze

Geld regiert die Welt - wer regiert das Geld? Diese Frage stellt sich in letzter Zeit immer öfter.

Aber wenn das internationale Finanzsystem dem weltweiten Wohlstand und der Finanzierung einer sozial gerechten und ökologisch tragfähigen Entwicklung dienen soll, so muss es grundlegend verändert werden. Einige Ansätze auf dem Weg dorthin folgen nun, wobei hier nur solche Lösungsansätze genannt werden, für die es auch Kampagnen gibt, an denen man sich beteiligen kann.

1.) Umsetzung des erweiterten Jubileekonzept

Millionen von Christen und viele Kirchen haben sich weltweit an der Kampagne „Erlassjahr 2000“ beteiligt, um zur Jahrtausendwende für die ärmsten Länder einen umfassenden Schuldenerlass zu erreichen.

Dieses Erwachen in unseren Kirchen und Gemeinden darf nach dem Jahr 2000 nicht nachlassen. Im Gegenteil – zu einem wirklichen und umfassenden Erlassjahr gehören weitere Punkte, wie sie besonders von sozialen

Bewegungen des Südens (Jubilee South) gefordert werden:

- ▲ Die Frage, welche Schulden überhaupt rechtmäßig sind und welche illegitim – wie z. B. auf unsittlichen Verträgen beruhende Schulden oder solche, die korrupte Diktatoren aufgenommen haben
- ▲ Die Frage der unfairen Handelsbedingungen (terms of trade) und der Abschottung der Märkte des Nordens gegenüber vielen Produkten des Südens
- ▲ Der Mangel an direktem Zugang der Armen zu den Quellen des Reichtums, Land und Kapital
- ▲ Die Strukturanpassungsprogramme im Süden, erzwungen von IWF und Weltbank im Interesse des Nordens
- ▲ Die ökologischen Zerstörungen durch das Wirtschaftswachstum, angetrieben durch Profitmaximierung

In dieser Perspektive zeigt sich die Rolle der Finanzmärkte und deren Herrschaft über die Wirtschaft und Gesellschaft der Länder des Südens und des Nordens, des Westens und des Ostens als eines der Hauptprobleme.

Im Blick auf das zunehmende Leiden der Armen und der ganzen Erde in allen Regionen der globalisierten Welt sind Christen und Kirchen aufgerufen, auf Jesus und das Wort Gottes in der ganzen Bibel zu hören. Wir sind herausgefordert, jetzt nicht aufzugeben, sondern unsere Bemühungen zu intensivieren und zu vertiefen, über die technischen Fragen des Schuldenerlasses hinaus "gute Nachricht", das Evangelium, zu den Armen zu bringen und gerechte Beziehungen zwischen den Menschen untereinander und mit der Erde wiederherzustellen.

Diese Herausforderung anzunehmen und zu bearbeiten ist genau das, was die Kirchen und Initiativen der Erlassjahrkampagne von uns fordern. Dies ist auch genau das, was der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) und der Reformierte Weltbund (RWB) in ihren Vollversammlungen 1997 und 1998 beschlossen haben. Sie forderten ihre Mitgliedskirchen auf, an Alternativen zur neoliberalen Globalisierung zu arbeiten, um die strukturelle Gewalt zu überwinden, die die gegenwärtige Weltwirtschaft und besonders das Finanzsystem ausüben. Sie rufen uns „zu einem verbindlichen Prozess der wachsenden Erkenntnis, der Aufklärung und des Bekennens (processus confessionis) bezüglich wirtschaftlicher Ungerechtigkeit und ökologischer Zerstörung“ auf.¹⁵

¹⁵ Nächste Schritte zu einem umfassenden Erlassjahr, Kairos Europa 2001

Regionale konziliare Versammlungen sollen in allen Kontinenten Bekenntnis und Aktion der Kirchen zuspitzen, um dann in den nächsten Vollsammlungen des RWB (2004) und des ÖRK (2006) zu klaren gemeinsamen Entscheidungen zu kommen. In Westeuropa wurden die Kirchen in einem Brief des ÖRK, RWB und der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) im Mai 2001 aufgefordert, sich auf die Frage der Finanzmärkte und des Finanzsystems zu konzentrieren. Im Juni 2002 soll eine Versammlung in den Niederlanden stattfinden, um im Bekenntnisprozess der Kirchen zu gemeinsamen Positionen, Handlungsperspektiven und politischen Forderungen zu kommen.

Für Oktober 2002 plant Kairos Europa ein Hearing im Europäischen Parlament, wo diesen Positionen, Handlungsperspektiven und politischen Forderungen gegenüber der EU Gehör verschafft werden soll. Das wird aber nur Erfolg haben, wenn Gemeinden, Synoden und ökumenische Gruppen von unten her mit- oder sogar vorangehen.

2.) Die Einführung der Devisenumsatzsteuer (Tobin Tax)

Die Gefahr von Krisen ist immanent. Deswegen müssen sie Finanzmärkte stärker reguliert und kontrolliert werden. Ein konkreter Ansatzpunkt ist hier die Tobin Tax (Devisenumsatzsteuer). Benannt nach dem Ökonom James Tobin, der sie schon 1972 vorschlug, möchte die Devisenumsatzsteuer die Umsätze auf den internationalen Finanzmärkten verlangsamen und ihre atemberaubende Menge verringern. Dadurch würde die Schwankungsintensität und Instabilität der Finanzmärkte reduziert.

Folie 8

Eine Devisenumsatzsteuer ist eine Abgabe, die beim Umtausch von einer Währung in eine andere erhoben wird, d. h. sowohl beim Kauf als auch beim Verkauf einer Währung. Die Steuer würde den Preis für Devisenumtausch erhöhen und dadurch die Devisenhändler von kurzfristigen Spekulationen abhalten. Denn wird ein Geldbetrag mehrmals getauscht, fällt die Steuer jedes Mal erneut an. Kurzfristige Devisengeschäfte, die einen Geldbetrag Dutzende Mal im Jahr, sogar mehrmals an einem Tag umtauschen, würden sich somit gegenüber



langfristigen Geschäften erheblich verteuern. Ein Devisenhändler müsste sich überlegen, ob der erwartete Gewinn hoch genug ist, um dafür den „Preis“ (z. B. 0,25% des „Einsatzes“) zu bezahlen. Nur wenn eine starke Währungsschwankung erwartet wird, würde das Geschäft dann noch getätigt. Dadurch würden viel weniger spekulative Geschäfte durchgeführt. Dies würde das Auf und Ab der Wechselkurse stabilisieren und die Volatilität (Schwankung) auf den Finanzmärkten verringern. Diese Steuer sollte im Idealfall weltweit, zumindest aber in den Schlüsselwährungsländern erhoben werden. Bei 88% aller Devisengeschäfte spielen derzeit auf einer Seite der US-Dollar, der Euro, der Yen, das Britische Pfund oder der Schweizer Franken eine Rolle.

Folie 9

Neben dem Stabilisierungseffekt ist zu erwarten, dass bei einer 0,25%igen Steuer Einnahmen vermutlich in Höhe von ca. 335Mrd US-Dollar weltweit im Jahr erreicht werden. Diese könnten für Armutsbekämpfung und andere drängende globale Aufgaben, als weltweiter Interventionsfonds für krisengeschüttelte Länder genutzt werden. Die Tobinsteuer ist kein Allheilmittel für alle Probleme und Risiken des internationalen Finanzsystems. Das war aber auch nie ihr Anspruch. Sie hätte somit auch nicht die Asienkrise, bei der durch überraschende spekulative Attacken Gewinne von 40-60% zu erwarten waren, verhindern können.

Wer setzt sich für die Steuer ein?

Die Devisenumsatzsteuer wird von Ökonomen und Politikern rund um die Welt unterstützt. Es gibt eine internationale Kampagne für ihre Einführung, die v.a. von Nicht-Regierungsorganisationen, sozialen Bewegungen und Gewerkschaften getragen wird. ATTAC, das "Bündnis für eine Besteuerung der Finanztransaktionen zu Gunsten der BürgerInnen", wurde 1998 in Frankreich gegründet und hat schon über 25000 Mitglieder. Inzwischen gibt es attac-Bewegungen in 26 Industrie- und Entwicklungsländern. In Deutschland entstand das attac Netzwerk Anfang 2000. Kairos Europa gehört zu seinen Mitbegründern. Ihm gehören viele Einzelpersonen, darunter WissenschaftlerInnen und Bundestagsabgeordnete sowie über 88 Nicht-Regierungsorganisationen an: politische, kirchliche und lokale Initiativen (Kairos Europa, Pax Christi, BUND, ver.di, WEED, u.a.)

- Die wichtigsten Forderungen von attac Deutschland sind:
- ▲ Die Einführung einer Steuer auf internationale Finanztransaktionen (z.B. Tobin Tax).
 - ▲ Die Schließung der Steuerparadiese und "Offshore-Zentren".
 - ▲ Keine Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme (z.B. gesetzliche Krankenversicherung).

Mittlerweile haben sich aber auch mehrere Parlamente und Regierungen, z.B. in Kanada, Belgien, Finnland etc. für die Steuer ausgesprochen. Aber es gibt auch noch sehr viel Widerstand gegen die Tobin Steuer, z.B. aus den USA, aber auch von der deutschen Bundesregierung.

Auch die Kirchen setzten sich ein!

Der ÖRK hat schon auf seiner Vollversammlung in Harare 1998 die Empfehlung ausgesprochen sich für „ein neues Finanzsystem einschließlich einer Steuer auf finanzielle Transaktionen (Tobin-Steuer)“ einzusetzen und mit den entsprechenden Initiativen zusammenzuarbeiten. Auch das BMZ (Bundesministerium für Zusammenarbeit) hat schon eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben.

Rechenbeispiele

Sie nehmen einen Kredit über 1000.000 Rupiah (indonesische Währung) auf. Und tauschen diese in Euro um und warten auf eine Abwertung der Rupiah. Dann zahlen sie ihren Kredit zurück. (Der Einfachheit halber bleiben bei den Rechnungen die Kreditzinsen und Bankgebühren unbeachtet)

Ohne Tobin Tax

1.000.000 Rupiah = 1.000.000 Euro

Mit Tobin Tax (0,25%)

1.000.000 Rupiah = 1.000.000 Euro
Tobin Tax: 2.500,--Euro

Abwertung um 0,01%

1.000.000 Rupiah = 999.900,1 Euro

1.000.000 Rupiah = 999.900,1 Euro
Tobin Tax: 2499,75 Euro

Wechselkursgewinn: 99,99Euro
Minus Tobin Tax: -2.500,-- Euro
-2.499,75 Euro

Gewinn: **99,99 Euro**

Gewinn: **- 4.899,76 Euro**

Die Devisenumsatzsteuer ist ein Instrument für die Zeiten des "normalen" Funktionierens der Finanzmärkte. Sie soll eben, wie Tobin es formulierte, „etwas Sand in



Getriebe streuen“, um so zur Stabilisierung beizutragen. Da Finanz- und Währungskrisen immer ein ganzes Bündel von Ursachen haben können und Spekulation nicht immer ein Teil davon ist, braucht es noch weitere Maßnahmen um solche Krisen wie in Asien verhindern zu können. Die Devisenumsatzsteuer ist auf das Problem der Spekulation ausgerichtet.¹⁶

3.) Schließung der Offshore-Finanzzentren

Offshore-Finanzzentren sind Wirtschaftsräume, die von der Bankenaufsicht und – regulierung befreit sind. Offshore-Finanzzentren sind Sonderwirtschaftszonen, die, anders als der Name es aussagt, nicht unbedingt „auf hoher See“ liegen müssen. Im Gegenteil, viele von diesen liegen mitten in der Londoner City oder in Dublin.

Manchmal sind auch eigenständige Völkerrechtssubjekte (also Länder) Offshorezentren. Hier kennen wir Luxemburg, Liechtenstein, Monaco, . . .

Steuerparadiese bzw. Offshore-Zentren

- ▲ unterlaufen internationale Regulierungsanstrengungen
- ▲ bergen Stabilitätsrisiken für das internationale Finanzsystem
- ▲ dienen der Steuervermeidung und Steuerflucht
- ▲ fördern den schädlichen Steuerwettbewerb zwischen Staaten
- ▲ dienen der Geldwäsche und dem Drogenhandel

Es gibt keine allgemein geteilte Definition von Offshore-Zentren, aber es zählen nicht nur die allgemeinbekannten und exotischen Finanzplätze wie die Cayman Inseln, Antigua oder die Seychellen dazu, sondern auch große Finanzplätze wie Dublin, London, Liechtenstein und die Schweiz.

Folie 10

Offshore bedeutet faktisch nicht mehr, als dass in dem entsprechendem Territorium keine oder nur sehr geringe Formen von Finanz- und Bankenaufsicht existieren. Außerdem nur minimale oder sogar gar keine Steuern erhoben werden. Offshore-Zentren sind häufig zu Industriestaaten gehörige Gebiete, die von der Finanzgesetzgebung des Mutterlandes ausgenommen

sind. Damit haben sie ihre Wirtschafts-, Steuer und Finanzgesetzgebung an die Bedürfnisse ausländischer Investoren angeglichen.

In Liechtenstein gilt z.B. für ausländische Firmen, es handelt sich hier faktisch nur um Briefkastenfirmen, eine pauschale Steuer von 1.000 Schweizer Franken. Das Prinzip Steuer nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu erheben ist hier außer Kraft gesetzt.

Hinzu kommt die Garantie, Bankgeheimnisse um jeden Preis zu wahren. Damit sind Offshore-Zentren geradezu ideale Orte für die Geldwäsche und Steuerhinterziehung.

Drei Beispiele die die Brisanz, welche Rolle die Offshore-Zentren auf den internationalen Finanzmarkt spielen, zeigen:

1. Die Art und Weise wie der internationale Terrorismus diese Strukturen nutzt, um seine terroristischen Aktionen zu finanzieren. Hier sei nur das Netzwerk von Osama Bin Laden genannt.
2. Der Skandal um die illegale Parteifinanzierung der CDU. Hier wurden Liechtensteiner Stiftungen genutzt.
3. In einer Untersuchung über Monaco kommt der Rechtsausschuss der französischen Nationalversammlung zu dem Schluss, dass der Zwergstaat „die Geldwäsche begünstigt“ (FR, 23. 6. 2000).

Verlässliche Zahlen über die Finanzflüsse von, nach oder zwischen Offshore-Zentren gibt es nicht. Aber man kann sagen, dass fast 70% der Vermögen von Hedge Funds (Kapitalsammelstellen, die kaum Regulierungserfordernissen unterliegen) sich in Offshore-Zentren befindet. Aber nicht nur Hedge Funds schaffen ihr Geld in die Offshore-Zentren, auch die meisten Banken und andere institutionellen Anleger nutzen diese Möglichkeiten. Ein anderes Problem schaffen die Offshore-Zentren durch ihre Steuervergünstigungen und speziellen Dienstleistungen (Firmengründungen, Briefkastenexistenzen,...) für Firmen. Sie locken diese damit an, offiziell mit der Begründung Arbeitsplätze zu schaffen und strukturschwache Gebiete wirtschaftlich attraktiver zu machen. Aber je stärker die wettbewerbsverzerrende Strategie realisiert wurde, desto stärker beschnitten sich die Staaten selbst ihrer Steuereinnahmen. Allein in der EU wird ein Steuerausfall von mehr als 600 Mrd. DM geschätzt.¹⁷

¹⁶ Ausführlicheres finden Sie in: Kurz und Knapp: Devisenumsatzsteuer, Kairos Europa, 2001 - ¹⁷ Vgl. Kapital braucht Kontrolle, Kairos Europa/ WEED, Bonn 2001, S.29-30

VI. Was können wir tun?

Mit weniger Steuereinnahmen kann der Staat jedoch immer weniger bereitstellen, was die Marktwirtschaft von alleine nicht leisten kann: soziale Gerechtigkeit, öffentliche Dienstleistungen, die allen offen stehen, Umweltschutzmaßnahmen, ein funktionierendes Bildungssystem, . . .

Von attac gibt es hierzu eine Kampagne

"Stoppt Steuerflucht", die folgendes fordert:

*Kapitaleinkommen sollen mindestens genauso hoch und progressiv besteuert werden wie Arbeitseinkommen!
Dazu sind politische Maßnahmen in Deutschland und auf internationaler Ebene notwendig:*

- ▲ Die Abschaffung aller deutschen Steuerpraktiken, die ausländisches Kapital bevorzugen. Zinsen und Dividenden von Steuerausländern sind angemessen zu besteuern. Die deutschen Unternehmenssteuern dürfen nicht weiter gesenkt werden. Sie gehören bereits zu den niedrigsten innerhalb aller Industriestaaten.
- ▲ Banken und Konzerne müssen ihre Nutzung von Steueroasen einstellen. Insbesondere die deutschen Großbanken haben die großangelegte Organisation der Steuerflucht zu beenden.
- ▲ Einführung einer international einheitlichen Konzernbesteuerung gegen ruinösen Steuersenkungswettkampf
- ▲ Eine europäische Harmonisierung der Unternehmenssteuern
- ▲ Die rasche und konsequente Umsetzung der europäischen Beschlüsse zur Besteuerung von Zins- und Dividendeneinnahmen. Die Beschlüsse sind auf alle Investmentfonds und Spekulationsgewinne auszudehnen.

VI. Was können wir tun?!

- Sie können die Beziehungen weiterentwickeln, die bereits aufgenommen wurden, z. B. in Partnerschaften zwischen Kirchen/Gemeinden, . . . und hier in einen kritischen Austausch über die Auswirkungen der wirtschaftlichen Globalisierung eintreten.
- Unsere Partner im Süden fordern uns auf, an dem ökumenischen „Bekenntnis Prozess“ von 1998-2006 teilzunehmen. Besorgen Sie sich Informationen darüber fordern Sie ihre Kirche auf, intensiv and diesem „processus confessionis“ teilzunehmen.
- Kritisieren und verändern Sie die Bereiche, wo die

negativen Machtverhältnisse der wirtschaftlichen Globalisierung sich in der Struktur der Kirchen widerspiegeln, z. B. in der Anlage von Kirchengeldern in Geschäftsbanken statt in alternativen Banken

- Sprechen Sie über die nachteiligen Auswirkungen, Prinzipien und Praktiken der wirtschaftlichen Globalisierung, z. B. auf Arbeitern, Landwirtschaft in allen Teilen dieser Welt.
- Hinterfragen Sie Konzernpraktiken, die vor allem denjenigen schaden mit denen wir weltweit verbunden sind.
- Achten Sie auf Anwaltschaft/Advocacy der Kirchen im Blick auf die soziale Verantwortung.
- Nehmen Sie Regierungen stärker in die Verantwortung und hinterfragen Sie die Liberalisierungs- und Privatisierungspraktiken.
- Entwickeln Sie verschiedene Arten von Bündnissen (ökumenisch, interreligiös oder auf Nichtregierungsorganisations(NGO)-Basis, um die wirtschaftliche Globalisierung verstärkt in die Verantwortung zu nehmen, im Blick auf Einzelne, Gemeinschaften und die gesamte Schöpfung, bzw. beteiligen Sie sich an solchen Initiativen.
- Z.B. unterstützen Sie die Aktionen zur Einführung der Tobin Steuer oder zur Schließung der Offshore-Zentren
- Setzen Sie sich für einen Schuldenerlass ein
- Engagieren Sie sich bei attac oder erlassjahr.de
- Beteiligen Sie sich an Unterschriftenaktionen
- Gründen Sie vor Ort einen Arbeitskreis
- Sprechen Sie mit Ihren Abgeordneten und informieren Sie ihn z. B. über die Tobin Steuer
- Überprüfen Sie die Geldanlagen ihrer Gemeinde /Kirche
- Machen Sie Gottesdienste zu dem Thema
- Laden Sie zu Vorträgen ein

Kairos Europa bietet Ihnen auch Vorträge zum Internationalen Finanzsystem, zur Devisenumsatzsteuer und zum Schuldenerlass / Internationales Insolvenzverfahren an. Referenten zum Thema attac und erlassjahr.de können Sie ebenfalls über Kairos Europa bekommen. Kairos Europa, Hegenichstr.22, 69124 Heidelberg, Tel.: 06221-716005, Fax: 06221-781183, email: info@kairoseuropa.de

VII. Fragebogen

VII. Fragebogen für die Gemeinde

Dieser Fragebogen soll Ihnen einen Einstieg in die Thematik Wirtschaftliche Globalisierung - Strukturelle Gewalt durch Finanzmärkte erleichtern. Sie können ihn sowohl am Anfang, d.h. als stillen Einstieg nutzen wie auch am Ende, um über das Gehörte im eigenen Kontext zu reflektieren. Auch ermöglicht er Ihnen nach einer Auswertung, an bestimmten Punkten weiterzuarbeiten.

- Wie erleben Sie oder die Menschen in Ihrem Umfeld die Auswirkungen der wirtschaftlichen Globalisierung?
- Kennen Sie Opfer von Spekulationen und /oder Steuerflucht?
- Was beunruhigt Sie besonders im Blick auf die Art und Weise, wie andere von der wirtschaftlichen Globalisierung betroffen sind?
- Wie begegnet Ihre Kirche/Gemeinde/Gruppe, wie begegnen Sie den Auswirkungen der Globalisierung?
- Gibt es Beispiele dafür, wie Ihre Kirche den durch die wirtschaftliche Globalisierung Benachteiligten hilft?
- Welche spezifischen Beispiele für gelebte Alternativen zur wirtschaftlichen Globalisierung gibt es in Ihrem Kontext?
- Wie könnten Sie die Frage der wirtschaftlichen Globalisierung in bestehenden Partnerschaften behandeln?
 - ▲ Mit anderen Ortskirchen
 - ▲ Mit anderen Menschen
 - ▲ Mit Nichtregierungsorganisationen
 - ▲ Mit dem privaten und öffentlichen Sektor
 - ▲ Mit Kirchen/ Gemeinden in anderen Ländern

VIII. Glossar

VIII. Glossar

Aktien: Wertpapiere, die von einem Unternehmen an der Aktienbörse zum Verkauf angeboten werden. Käufer von Aktien werden zu Miteigentümern der Unternehmen. Aber nicht alle Aktienunternehmen handeln mit ihren Aktien an den Börsen.

Aktienindex: An jeder Aktienbörse werden die wichtigsten Werte zu einem Aktienkorb zusammengefasst, z. B. in Deutschland zum DAX oder zum Nemax 50 für den Neuen Markt. Die Kursentwicklung dieses Aktienkorbes dient als Indikator für die allgemeine Unternehmensentwicklung.

BIP: Bruttoinlandsprodukt

Bretton-Woods-System: Eine im Jahr 1944 initialisierte Weltwährungsordnung mit festen Wechselkursen und umfangreichen Kapitalverkehrskontrollen.

Deregulierung: Abschaffung von Gesetzen, Verordnungen und Vorschriften auf dem Arbeits-, Aktien-, Güter, und anderen Märkten zugunsten des „freien Spiels“ der Marktkräfte.

Derivate: Ein Wertpapier, dessen Wert von einem anderen zurückliegenden Wert abhängt. Dies können Aktienkurse, Warenpreise, Wechselkurse . . . sein.

Devisentransaktionssteuer: Die Besteuerung von Devisentransaktionen soll den spekulativen Tausch von Währungen unterbinden und damit die internationalen Wechselkursverhältnisse stabilisieren. Auch unter dem Namen Tobin Tax bzw. Devisenumsatzsteuer bekannt.

Fixkurssystem: Hier werden die Währungen verschiedener Länder aufgrund von ökonomischen Kriterien in einem politisch bestimmten Verhältnis zueinander gehalten.

Flexibles Wechselkurssystem: Der Preis der Währungen bildet sich auf den Märkten und entzieht sich der politischen Kontrolle.

Global Player: sind große international agierende Transnationale Konzerne (TNK) und Finanzunternehmen wie Banken, institutionelle Investoren, . . .

Hedge Fond: Kapitalsammelstelle, die kaum Regulierungserfordernissen unterliegt und ihren Sitz oft in sog. Offshore-Finanzzentren hat. Hedge Fonds setzen in der Regel hohe Summen für Finanzspekulationen ein und gehen dabei hohe Risiken ein.

Institutionelle Anleger: Kapitalanlageinstitutionen wie z.B. Versicherungen, Investmentfonds, Pensionsfonds und Hedge Fonds

Investmentfond: eine spezielle Form von institutionellem Anleger, welcher private Gelder bestimmten Investitionsarten zuführt

Kapitalverkehrskontrollen: sind politische Instrumente, mit denen der Zu- und Abfluss internationalen Kapitals kontrolliert werden kann

Kreditmarkt: über den Kreditmarkt vermitteln Banken gesparte Gelder an Unternehmen und Privatpersonen. Der Kreditmarkt erlebte aber einen Bedeutungsverlust durch die Möglichkeit anderer Finanzierungsquellen wie z. B. Wertpapieren

Kurzfristige Finanzströme: sie haben an Bedeutung zugenommen, da sie im Interesse der Kapitalbesitzer liegen, weil ihre Kurzfristigkeit eine rasche Andersverwendung der Gelder ermöglicht

Leitwährung: ist eine nationale Währung, die im globalen Geschäftsverkehr volumenmäßig den größten Teil ausmacht und darüber hinaus als nationales Wertaufbewahrungsmittel und Träger internationaler Kredite fungiert

Liberalisierung: so wird die politisch durchgesetzte Öffnung nationaler Märkte für internationale Unternehmen und Waren bezeichnet. Im Neoliberalismus geht sie mit der Deregulierung der Wirtschaft einher

Liquidität: Zahlungsfähigkeit eines Staates, Unternehmens oder einer Privatperson

Neoliberalismus: wirtschaftspolitische Ausrichtung, die auf die politische Förderung von Individualismus und die Zurückführung sozialstaatlicher Interventionen in den privaten Wirtschaftsprozess setzt. Der Markt soll zentrales Regulativ der Gesellschaft sein.

Offshore-Finanzzentren (OFC): Orte an denen die reguläre Bankenregulierung und Steueraufsicht nicht existiert und die zu Refugien der Steuerflucht und Geldwäsche geworden sind

Pensionsfond: sie treten im Rahmen der Privatisierung der Altersvorsorgesysteme als privatwirtschaftlicher Ersatz der Rentenkassen auf und legen Mittel auf den internationalen Finanzmärkten an

Shareholder Value: bezeichnet eine „Unternehmensphilosophie“, die den Unternehmen eine Mindestverzinsung ihres Eigenkapitals abfordert, um den Besitzern von Unternehmensanteilen (=shareholder) eine hohe Kapitalrendite zu versprechen

Spekulation: ist der Tatbestand, dass aufgrund von unsicheren Zukunftserwartungen durch den Handel mit

Gütern, Wertpapieren und Devisen schnelle Gewinne realisiert werden können

Steuerflucht: oder Steuerhinterziehung wird durch die Deregulierung und Liberalisierung des Kapitalverkehrs ermöglicht

Tobin Tax: Devisenumsatzsteuer oder auch Devisentransaktionssteuer genannt. Steuer auf Devisentransaktionen, damit die kurzfristigen Finanzspekulationen im Volumen reduziert werden

Volatilität: Schwankung. Das unvorhersehbare Auf und Ab von Kursen und Preisen auf den Finanzmärkten
Währungsspekulationen: Spekulationen, die die zeitlichen Schwankungen der Wechselkursverhältnisse ausnutzen

Wertpapiere: alle Arten von Aktien, Derivaten und Anleihen

Adressen, weiterführende Literatur

- ▲ Kairos Europa, Hegenichstr.22, 69124 Heidelberg, Tel. 0 62 21-71 60 05, Fax 0 62 21-78 11 83, email: info@kairoseuropa.de; www.kairoseuropa.de
- ▲ Attac-Netzwerk zur demokratischen Kontrolle der internationalen Finanzmärkte, Artilleriestr. 6, 27283 Verden, Tel. 0 42 31-95 79 51, Fax 0 42 31-95 75 94; email: info@attac-netzwerk.de
- ▲ Erlassjahr.de, Lindenstr. 58-60, 53721 Siegburg, Tel. 0 22 41-59 12 26, Fax 0 22 41-59 12 27, email: buero@erlassjahr.de, www.erlassjahr.de
- ▲ Kapital braucht Kontrolle, Kairos Europa und WEED, 2001 (15,--DM)
- ▲ Kurz und Knapp: Devisenumsatzsteuer, Kairos Europa 2001 (2,- Euro)
- ▲ Kurz und Knapp: Wirtschaft und Finanzen als Glaubensfrage, Kairos Europa 2001 (2,--Euro)
- ▲ Kurz und Knapp: Das internationale Finanzsystem, Kairos Europa 2001 (2,--Euro)
- ▲ Tiger in Not – Krisen und kein Ende ? Die internationalen Finanzmärkte brauchen Fesseln, Kairos Europa, epd-Dritte Welt-Information Nr. 1/1/98 (2,50 DM)
- ▲ Geld regiert die Welt – wer regiert das Geld ? Die Gefahren des hochspekulativen internationalen Finanzsystems, Kairos Europa, epd-Dritte Welt-Informationen Nr. 10/11/96 (2,50 DM)
- ▲ Gott und Geld, Jahrbuch der Religionspädagogik 17, 2001
- ▲ Geld und Gewissen, Kompass für ethisch motivierte Sparer, Wolfgang Kessler, 2000
- ▲ Towards a Just International Financial System, Kairos Europa Dokumentation einer Konferenz in Frankfurt/Main, Januar 2001 in englisch (4,--DM)
- ▲ Colloquium 2000...im Streit mit der Globalisierung (4,-- DM)
- ▲ Regaining Control of Capital Markets, Kairos Europa Dokumentation, Bad Münster am Stein, 2000 (4,-- Alternatives to Neo-liberal Globalisation, Kairos Europa Dokumentation zweier Anhörungen im Europäischen Parlament, Brüssel 1999 (4,-- DM)
- ▲ Alternatives to the Global Financial and Economic Mechanisms of Debt and Impoverishment, Strategy Workshop, Kairos Europa Dokumentation 1999 (4,-- DM)
- ▲ Finanzmärkte außer Kontrolle- Kontrolle der Finanzmärkte, Wolfgang Kessler, Redaktion@Publik-Forum.de
- ▲ Engagement einer Gemeinschaft von Kirchen angesichts der wirtschaftlichen Globalisierung, Lutherischer Weltbund, Mai 2001
- ▲ Argentinien: Krise ohne Ende? Pedro Morazán, Institut Südwind, Januar 2002
- ▲ Argentinien: Auslandsverschuldung und Brotaufstand, Pedro Morazán/ Irene Knoke, Institut Südwind, 2002
- ▲ Die Ursachen der argentinischen Krise, Arnaud Zacharie, Forscher am CADTM, aus Grain de sable Nr.294 Attac France, 22.12.2001
- ▲ Zehn Tage, die das Land erschütterten, Diana Quattrocchi-Woisson, le Monde diplomatique Nr. 6677 vom 15.2.2002, Seite 14-15, 290 Dokumentation
- ▲ Argentinien's fatale Fixierung auf den Dollar, Michael Husson, Monde diplomatique Nr. 6677 vom 15.2.2002, Seite 16-17, 290 Dokumentation

Kairos Europa

Das griechische Wort ΚΑΙΡΟΣ (Kairos) bedeutet: Die Zeit ist für eine notwendige (aber auch mögliche) Entscheidung reif.

KAIROS bezeichnet angesichts der Krise den Moment für Umkehr und Neubeginn. Der erfahrene KAIROS ist der Beginn der Befreiung für unterdrückte Menschen.

Kairos Europa ist ein europäisches Netzwerk von ökumenischen Initiativen, Gruppen und Einzelpersonen, die sich für ein gerechtes Europa engagieren. Der Kairos-Prozess nahm 1985 im südafrikanischen Widerstand gegen die Apartheid seinen Ausgang.

Das europäische Netzwerk wurde im Mai 1990 gegründet und hat heute über 500 Mitglieder in zahlreichen europäischen Ländern, wie z.B. in Belgien, Deutschland, Großbritannien, Niederlande, Italien, Polen, Spanien und Ungarn.

Kairos Europa arbeitet in mehreren Kairos-Centers und Programmlinien an unterschiedlichen Themen:

- ▲ Gerechtes Weltfinanzsystem
- ▲ Lokale Alternativen zur Globalisierung
- ▲ Zusammenleben in pluralen Gemeinschaften
- ▲ Identität ethischer Minderheiten
- ▲ Austausch von Exil-Jugendlichen in Europa
- ▲ Spiritualität und Solidarität

Die einzelnen Programmlinien arbeiten selbstständig und unabhängig voneinander, entwickeln aber gemeinsame Aktionen, wie z.B. das Straßburger „Parlament von unten“ (1992), die Aktionstage in Brüssel (1994, 1999) etc.

Es besteht ein enger Austausch mit Vertretern der zivilen Gesellschaft aus den Ländern des Südens, vor allem aus dem südlichen Afrika. Die Vertreter/innen der verschiedenen Kairos-Centers und Programmlinien bilden den Geschäftsführenden Ausschuss, der für die Koordination und Verwaltung des Prozesses verantwortlich ist.

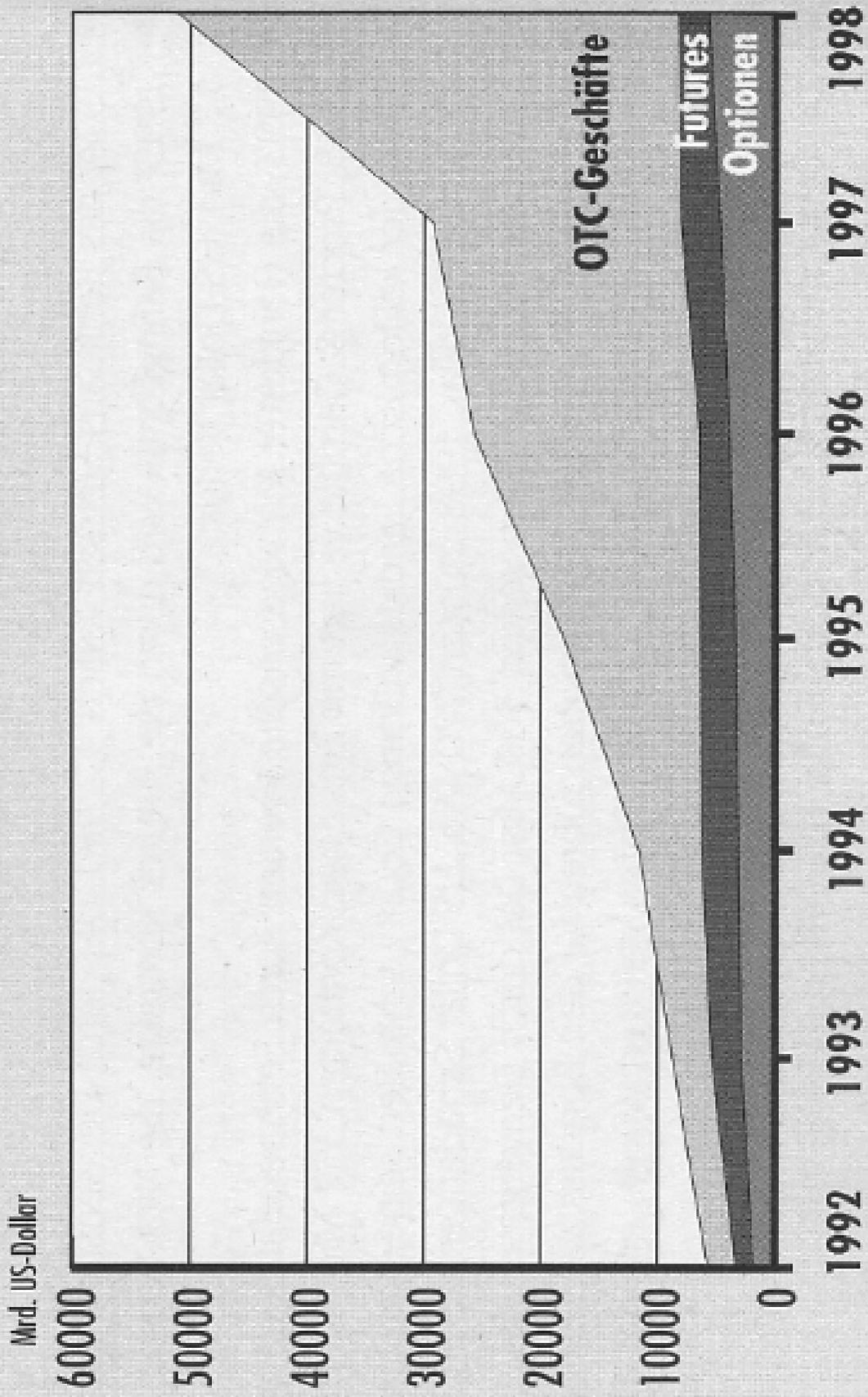
Länder korrigiert, ist das so vollständig?



„Eine Welt, in der den meisten Menschen vorenthalten wird, was ein menschenwürdiges Leben ausmacht ist nicht zukunftsfähig. Sie steckt auch dann voller Gewalt, wenn es keinen Krieg gibt.“

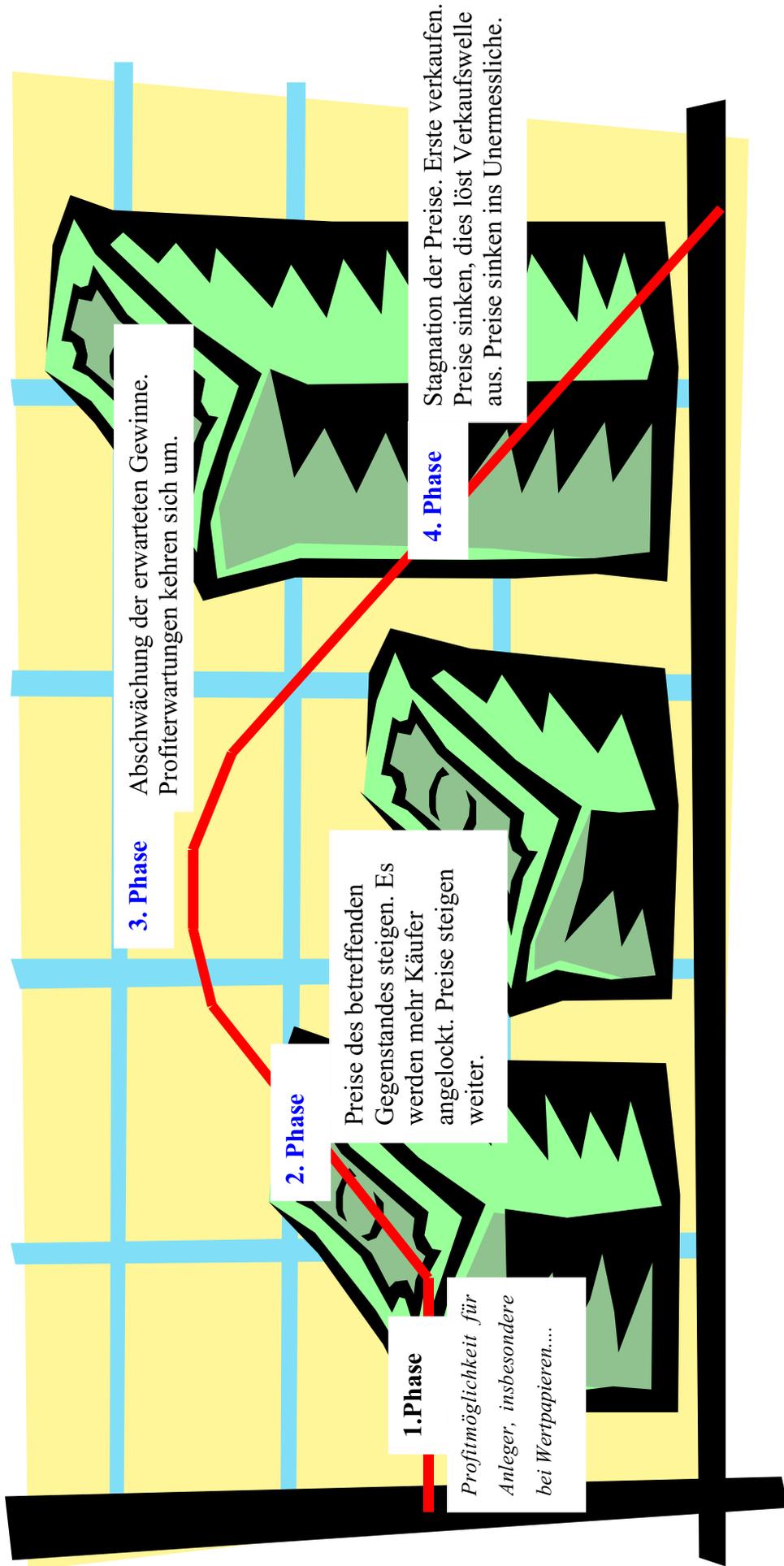
Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz: Die deutschen Bischöfe. Gerechter Friede, Bonn 2000

Weltweite Derivatbestände

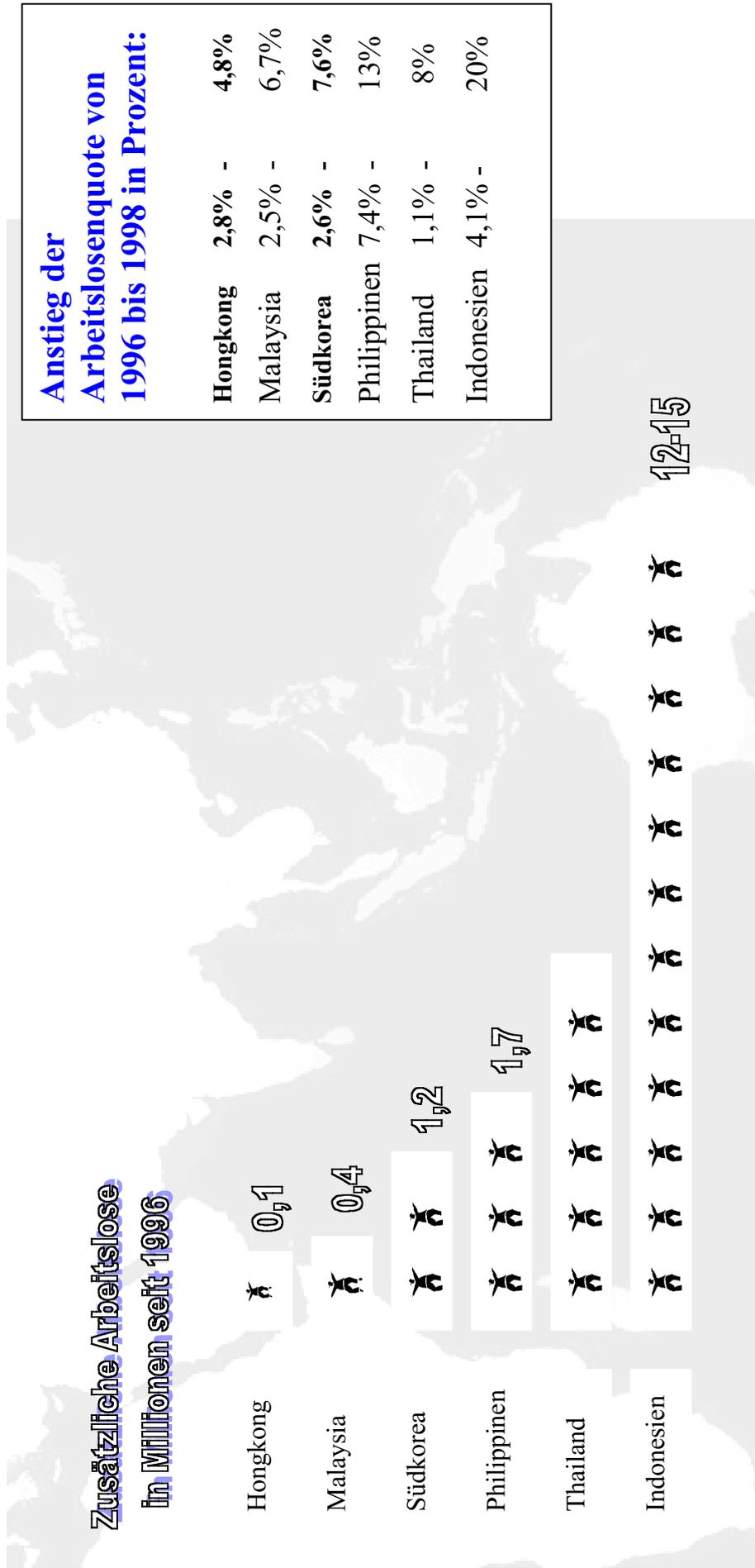


Quelle: BIZ 1998

Die vier Phasen einer Finanzkrise



Soziale Folgen der asiatischen Finanzkrise: Wachsende Arbeitslosigkeit



hier fehlt die Vorlage
im Word-Dokument

Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auf



Ärmstes Fünftel: Reichstes Fünftel

1960: 30:1

1990: 60:1

1997: 74:1

Quelle: UNDP 1999

„Die Finanzmärkte haben quasi als „fünfte Gewalt“ ...
eine wichtige Wächterrolle übernommen“

Rolf-E. Breuer, 27.4.2000

Exekutive

Judikative

Legislative

Medien

Finanzmärkte

Devisenumsatzsteuer (Tobin Steuer)

- Steuer von 0,25%-2% würde bei jedem Devisenumtausch erhoben
- Weltweite Einführung, zumindest aber in den Schlüsselwährungsländern (Dollar, Euro, Yen, Britische Pfund, Schweizer Franken)
- Gewinne in einen Fonds

Effekt:



„etwas Sand ins Getriebe streuen“ James Tobin



Devisentransaktionen, die einen Geldbetrag mehrmals tauschen unterbleiben, da sie sich gegenüber langfristigen erheblich verteuern



Die Umsätze auf den internationalen Finanzmärkten verlangsamen sich und ihre atemberaubende Menge verringert sich

Rechenbeispiele

Sie nehmen einen Kredit über 1000.000 Rupiah (indonesische Währung) auf. Und tauschen diese in Euro um und warten auf eine Abwertung der Rupiah. Dann zahlen sie ihren Kredit zurück. (Der Einfachheit halber bleiben bei den Rechnungen die Kreditzinsen und Bankgebühren unbeachtet)

Ohne Tobin Tax

1.000.000 Rupiah = 1.000.000 Euro

Mit Tobin Tax (0,25%)

1.000.000 Rupiah = 1.000.000 Euro
Tobin Tax: 2.500,-Euro

Abwertung um 0,01%

1.000.000 Rupiah = 999.900,1 Euro

1.000.000 Rupiah = 999.900,1 Euro
Tobin Tax: 2499,75 Euro

Gewinn: **99,99 Euro**

Wechselkursgewinn: 99,99Euro
Minus Tobin Tax: -2.500,- Euro
-2.499,75 Euro
Gewinn: **- 4.899,76 Euro**

Hier könnte ich auch die gesetzte Tabelle aus dem Text übernehmen siehe Seite 15

Die weltweiten Steuerparadiese (Offshore-Zentren)



Bermudas(brit.); Jungfern Inseln (brit.);Dublin/ Irland;
Guernsey, Jersey; Isle of Man (brit.); Luxemburg;
Liechtenstein;Schweiz; Monaco;
Andorra; Gibraltar; Malta; Zypern;
Libanon; Bahrein;Seychellen;
Mauritius;Hongkong;Macau;
Thailand;Singapur; Marshall Inseln;
Nauro;Vanatu;Niue (Neuseel.);
St. Kitts und Nevis (brit.);
Anguilla (brit.); St. Lucis (brit.);
Barbados; St. Vincent (brit.);
Niederl. Antillen; Aruba (nl.);
Panama; Cosat Rica;
Cayman Inseln (brit.);
Turks und Caicos (brit.); Bahamas;
Samoa (USA); Cook Inseln (Neuseel.)

Dekade zur Überwindung von Gewalt

Millionen von Christen und viele Kirchen haben sich weltweit an der Kampagne „Erlassjahr 2000“ beteiligt, um zur Jahrtausendwende für die ärmsten Länder einen umfassenden Schuldenerlass zu erreichen.

Dieses Erwachen in unseren Kirchen und Gemeinden darf nach dem Jahr 2000 nicht nachlassen.

Im Gegenteil - zu einem wirklichen und umfassenden Erlassjahr gehören weitere Punkte, wie sie besonders von sozialen Bewegungen des Südens (Jubilee South) gefordert werden:

- ▲ Die Frage, welche Schulden überhaupt rechtmäßig sind und welche illegitim - wie z. B. auf unsittlichen Verträgen beruhende Schulden oder solche, die korrupte Diktatoren aufgenommen haben.
- ▲ Die Frage der unfairen Handelsbedingungen (terms of trade) und der Abschottung der Märkte des Nordens gegenüber vielen Produkten des Südens
- ▲ Der Mangel an direktem Zugang der Armen zu den Quellen des Reichtums, Land und Kapital
- ▲ Die Strukturanpassungsprogramme im Süden, erzwungen von IWF und Weltbank im Interesse des Nordens
- ▲ Die ökologischen Zerstörungen durch das Wirtschaftswachstum, angetrieben durch Profitmaximierung

In dieser Perspektive zeigt sich die Rolle der Finanzmärkte und deren Herrschaft über die Wirtschaft und Gesellschaft der Länder des Südens und des Nordens, des Westens und des Ostens als eines der Hauptprobleme.

Im Blick auf das zunehmende Leiden der Armen und der ganzen Erde in allen Regionen der globalisierten Welt sind ChristInnen und Kirchen aufgerufen, auf Jesus und das Wort Gottes in der ganzen Bibel zu hören.

Wir sind herausgefordert, jetzt nicht aufzugeben, sondern unsere Bemühungen zu intensivieren und zu vertiefen, über die technischen Fragen des Schuldenerlasses hinaus „Gute Nachricht“, das Evangelium, zu den Armen zu bringen und gerechte Beziehungen zwischen den Menschen untereinander und mit der Erde wiederherzustellen.

Diese Herausforderung anzunehmen und zu bearbeiten ist genau das, was die Kirchen und Initiativen der Erlassjahrkampagne von uns fordern. Dies ist auch genau das, was der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) und der Reformierte Weltbund (RWB) in ihren Vollversammlungen 1997 und 1998 beschlossen haben.

Sie forderten ihre Mitgliedskirchen auf, an Alternativen zur neoliberalen Globalisierung zu arbeiten, um die strukturelle Gewalt zu überwinden, die die gegenwärtige Weltwirtschaft und besonders das Finanzsystem ausüben. Sie rufen uns „zu einem verbindlichen Prozess der wachsenden Erkenntnis, der Aufklärung und des Bekennens (processus confessionis) bezüglich wirtschaftlicher Ungerechtigkeit und ökologischer Zerstörung“ auf. Regionale konziliare Versammlungen sollen in allen Kontinenten Bekenntnis und Aktion der Kirchen zuspitzen, um dann in den nächsten Vollversammlungen des RWB (2004) und des ÖRK (2006) zu klaren gemeinsamen Entscheidungen zu kommen. In Westeuropa wurden die Kirchen in einem Brief des ÖRK, RWB und der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) im Mai 2001 aufgefordert, sich auf die Frage der Finanzmärkte und des Finanzsystems zu konzentrieren.

Im Juni 2002 soll dann eine Versammlung in Holland stattfinden, um im Bekenntnisprozess der Kirchen zu gemeinsamen Positionen, Handlungsperspektiven und politischen Forderungen zu kommen.

Für Oktober 2002 plant Kairos Europa ein Hearing in Brüssel, wo diese Positionen, Handlungsperspektiven und politischen Forderungen gegenüber der EU Gehör verschafft werden soll.

Das wird aber nur Erfolg haben, wenn Gemeinden, Synoden und ökumenische Gruppen von unten her mit- oder sogar vorangehen. Deshalb erstellt Kairos Europa für diesen Prozess eine Reihe von Bildungsmaterialien für Gemeinden und Basisgruppen.